

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich K 16.— vierteljährlich „ 48.— halbjährig „ 96.— ganzjährig „ 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einzahlung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Billigt berechn. o. östern. Einzahlungen Preisnachsch.

3. Jahrgang.

Mittwoch, 6. Juni 1923.

Nr. 129.

Militarisierung der Republik.

Vor etwa einem Jahre sprach Präsident Masaryk das berühmte Wort: „Wir haben keinen Militarismus!“ Das klang wie eine um fünf Jahre verspätete mechanische Hervorkehrung eines Grundgesetzes, dem die heutigen Machthaber zur Zeit des Bestandes des Habsburgerreiches gehuldigt haben, da der Antimilitarismus zu dem Vorrat an ethischen, demokratischen und freiheitlichen Idealen gehörte, in deren Zeichen sie für die Befreiung ihrer Nation wirkten. Diese Reminiszenz an längst abgetane Ideale nahm auch damals schon angeführt der in Waffen starrenden Republik niemand ernst. Seither muß der Blinde gewahrt worden sein, daß die Entwicklung des Militarismus bei uns weit über seinen Stand in der Zeit vor dem Krieg hinaus gediehen ist. Doch suchte man damals bis in die letzten Monate hinein die Fiktion aufrechtzuerhalten, daß alle Rüstungen nur der Erhaltung des Friedens dienen, so macht man jetzt kaum mehr ein Hehl daraus, daß die fortschreitende Militarisierung die Vorbereitung für einen neuen Krieg ist.

Die anders könnte auch der Plan aufgefäht werden, den der agrarische „Benkov“, der seit Udrkal das halbamtliche Organ des Ministeriums für nationale Verteidigung geworden ist, über die Schaffung eines „Obersten Kriegsrats“ mit einer naiven Selbstverständlichkeit spricht, als handelte es sich um die harmloseste Sache von der Welt. Dieser Oberste Kriegsrat soll aus einem halben Duzend Minister und einem militärischen Berater zusammengesetzt werden, als welcher angeblich der Oberst Aleccanda ausersehen ist. Auf diesen Herrn Aleccanda weist wohl das Signum L. A. hin, mit welchem der Artikel des „Benkov“ gezeichnet ist. In diesem Artikel wird nun als Zweck des Obersten Kriegsrates die „allseitige Bereitschaft“, die nicht nur militärisch zu sein habe, zum „Schutz des staatlichen Gebietes“ erklärt. Der Krieg habe gezeigt, daß die moderne Kriegsführung nicht nur eine Sache der Armee sei, sondern die aller staatlichen Kräfte, die notwendigerweise mobilisiert werden müßten. Die Mobilisierung der Industrie, des Handels, der öffentlichen Arbeiten und der Verwaltung erst im Kriege durchzuführen, würde viele Schwierigkeiten bereiten, darum müsse sie schon im Frieden durchgeführt werden. Und nun wird erzählt, daß der nächste Krieg mehr noch als der letzte, das nationale und staatliche Leben tief berühren und die „gesamten Kräfte der Bürger erfordern“ werde. Dann heißt es: „Die Teilmobilisierungspläne, von den einzelnen Ministerien ausgearbeitet, müssen auf einer einheitlichen und bestimmten Grundlage beruhen; die Pläne dürfen einander nicht widersprechen... daher ist es notwendig, schon im Frieden einen höheren Organismus als es die einzelnen Ministerien sind, zu schaffen, der die allgemeine Mobilisierung des ganzen Staates und nicht nur die seiner Wehrmacht vorzubereiten hätte.“

Muß man nicht, wenn man das liest, die Empfindung haben, wir ständen unmittelbar vor den drohendsten Kriegsgefahren? Dies umso mehr, als die Milliardeninvestitionen für militärische Bauten, der Bau immer neuer Luftfahrzeuge, Leuchttürme, Protowagen und Geschütze, diesen Eindruck verschärfen. Gegen wen nun richten sich diese Rüstungen, die eine Militarisierung nicht nur aller staatlichen Einrichtungen, sondern auch des ganzen wirtschaftlichen Lebens in der Republik bedeuten? Wir leben doch im Frieden und von nirgends droht der Republik ernste Gefahr! Zudem hören wir täglich Lobgesänge auf die Kleine Entente erschallen, welche die kleineren Störenfriede wie Ungarn, so wunderbar in Schach halte! Die Rüstungen sind gegen niemand gerichtet, so wird versichert, und dienen nur dem Schutze des Staates und des Friedens. Aber so hörte man es auch vor dem Kriege und niemals

Das neue deutsche Angebot.

Erster Zweck: Verhandlungen. — Mehrjähriges Moratorium. — Zahlung in 35 Jahresraten. — Die Wirtschaft soll für 500 Millionen Goldmark garantieren.

Berlin, 5. Juni. (Eigenbericht.) Das neue deutsche Angebot ist jetzt fertiggestellt und soll Donnerstag den Regierungen überreicht werden. Freitag wird die Veröffentlichung erfolgen. Der Inhalt wird noch geheim gehalten. Nur soviel läßt sich sagen, daß das Angebot die Form eines Memorandums zum ersten Angebot haben wird. Von der Festsetzung einer Endsumme ist abgesehen worden, da der erste Zweck des Angebotes ist, Verhandlungen einzuleiten. Es wird ein mehrjähriges Moratorium für die Geldleistungen vorge schlagen, während dessen Sachleistungen zu entrichten sind. Dann sollen die Zahlungen in 35 Jahresraten erfolgen. Die Wirtschaft soll mit einer Garantie von 500 Millionen Goldmark herangezogen werden. Die Leistungen sollen aus dem Budget bestritten werden. Die Sozialdemokraten haben ihren ganzen Einfluß aufgewendet, um eine gründliche Fundierung des Angebotes durchzusetzen. Es wird im Falle einer Verständigung ihre Hauptaufgabe sein, daraufhin zu arbeiten, daß die Kosten von den besitzenden Klassen getragen werden.

Die Deutschnationalen machen Vorbehalte.

Berlin, 5. Juni. Bei dem gestrigen Empfang der Parteiführer durch den Reichskanzler wurde diesen der endgültige Inhalt der deutschen Note mitgeteilt. Hierbei erklärten sich die Führer der Arbeitsgemeinschaft der Mitte und die Sozialdemokraten mit der Note einverstanden, während die Deutschna-

tionale gewisse Vorbehalte machten. Innerhalb der Deutschnationalen bestehen nämlich zwei Strömungen. Die eine unter der Führung Helfferichs unterstützt die Politik des Reichskanzlers, die andere unter Führung des Grafen Westarp verfolgt eine intransigente Politik. Die deutsche Note wird am Donnerstag nachmittags überreicht, und am Freitag veröffentlicht werden.

Czernin als Hochverräter gebrandmarkt.

Sensationelle Enthüllungen Otto Bauers im Nationalrat. — Tuzar bestätigt in einem Prager Interview die hochverräterischen Antriebe Czernins. — Czernin als Bittsteller bei dem „elenden, erbärmlichen Masaryk“ überwiesen.

Wien, 5. Juni. (Eigenbericht.) Die Sensation der heutigen Sitzung des Nationalrates war die Verlesung eines Interviews seitens des Abgeordneten Dr. Bauer, das der Prager Berichterstatter der „Arbeiterzeitung“ mit dem tschechoslowakischen Gesandten in Berlin, Tuzar, hatte. Im Nationalrat stand heute bei der Beratung des Budgets das Justizressort in Verhandlung. Dr. Bauer meldete sich sofort zum Wort und führte aus, daß zu den Obliegenheiten der Staatsanwaltschaft auch die Verfolgung hochverräterischer Umtriebe gehöre. In diesem Zusammenhang, sagt Bauer, muß ich in dieser Debatte auf die Angelegenheit zurückkommen, die schon gestern hier sehr ausführlich er-

örtert wurde. Der Berichterstatter der „Arbeiterzeitung“ in Prag hat heute den Gesandten Tuzar aufgesucht und ihm eine Reihe von Fragen vorgelegt, auf die Tuzar wie folgt antwortete:

Ist die Behauptung des Abg. Renner, daß Czernin zweimal bei Ihnen war und Ihnen die Befehle von Wien durch Entente truppen empfohlen hat, richtig? Gesandter Tuzar antwortete darauf: Czernin war auf der tschechischen Gesandtschaft in Wien zweimal. Ich kann mich besonders erinnern an das Gespräch, das ich mit ihm am Tage des blutigen Zusammenstoßes bei der Boivkirche geführt hatte. Czernin hatte von mir die Ermöglichung der

noch gaben die Regierenden eines Staates zu, nicht den Frieden zu wollen, durfte doch sogar der russische Zar inmitten der fieberhaftesten militärischen Rüstungen sich als Friedensengel mit dem Palmzweig produzieren und die allgemeine Abrüstung vorschlagen!

Staaten und Völker, die bis an die Zähne bewaffnet dastehen, pflegen leichter „gerreizt“ zu sein, als andere, die weniger Soldaten zur „Erhaltung des Friedens“ unter den Waffen halten, ihr „Chgefühl“ ist ein potenziertes und gar leicht ist dann ein Anlaß gefunden, der den Patrioten die Gelegenheit gibt, zu beteuern, daß man sich so etwas „nicht gefallen lassen“ könne und daß es nun das „Prestige“ der Nation und des Staates erfordere, die Waffen sprechen zu lassen. Schon die durch die chauvinistische Presse unaufhörlich geschürte Eitelkeit, die spielend leicht in Angriffsstimmung umschlägt, bildet bei militaristischen Staaten eine stete Gefahr für den Frieden und die Erfahrungen haben die Verlogenheit des Wortes, daß, wer den Frieden wolle, müsse für den Krieg rüsten, längst erwiesen. Dazu kommt, daß die Politik des tschechoslowakischen Staates, wenn auch Herr Dr. Benesch den „Neutralen“ spielt, wie die Politik seines zweiten Staates im Mittelwasser der französischen Militär- und Machtpolitik einher schwimmt, was den Machthabern keineswegs das Recht verleiht, sich als Anwälte des Friedens aufzuspielen. Der Herr Marschall Koch hat jüngst die tschechoslowakische Armee inspiziert und hat versucht, die Tschechoslowakei für ein militärisches Bündnis mit Frankreich zu gewinnen. Ob ihm dies formell gelungen ist, mag zweifelhaft sein, doch wenn auch kein

regelmäßiger Bündnisvertrag abgeschlossen worden sein sollte, die Tatsache bleibt bestehen, daß die tschechoslowakische Außenpolitik sich Frankreich treu ergeben zeigt, was Koch in den Worten ausdrückte, daß die Tschechoslowakei ebenso auf Frankreich zählen dürfe, wie dieses auf die Tschechoslowakei rechne. Und er versicherte, daß Frankreich „mit lebhafter Sympathie die Entwicklung des tschechoslowakischen Heeres verfolge“, in welcher „Sympathie“ die Aufforderung eingeschlossen ist, nur immer mehr zu rüsten, damit der tschechoslowakische Militarismus einen guten Posten in der Rechnung des imperialistischen Frankreich bilde.

Unsere Militaristen lassen sich das nicht zweimal sagen und sie sorgen dafür, daß die Militarisierung der Republik fortschreitet. Kaum fünf Jahre nach dem Kriege, von dem jeder menschlich Fühlende meinte, seine Greuel und Schrecken müßten bewirken, daß er der letzte sei, wird nicht nur von der Möglichkeit neuer Kriege gesprochen, sondern auch alle Vorbereitungen für sie getroffen. Fünf Jahre nach dem Kriege und wir sollen wieder einen Obersten Kriegsrat bekommen, noch dazu mitten im Friedenszustand. Noch ist außer dem „inneren Feind“ kein anderer „Feind“ sichtbar, aber vielleicht geht man nicht irre, daß sich vorerst gegen diesen die Rüstungen lehren. Darüber hinaus kann die Kriegsspielerei aber sehr leicht eines Tages Ernst werden. Die geplante Schaffung des Obersten Kriegsrates muß der Arbeiterklasse klar machen, was die Kapitalisten und Imperialisten in unserem Staate bezwecken. Das muß die Wachsamkeit der Arbeiterklasse doppelt erhöhen!

Ausreise verlangt, weil er um sein Leben in Wien gefährdet hat. Ich konnte seinem Ersuchen nicht entsprechen. Dabei hat er getrachtet, mir die Notwendigkeit der Okkupation Wiens durch die Entente truppen zu beweisen. Er hat sich beklagt, daß die österreichische Regierung gegenüber den Kommunisten schwach sei, und daß Dr. Bauer ein heimlicher Verbündeter der Bolschewiki ist.

Haben Sie, Herr Gesandter, den Eindruck gehabt, daß Czernin eine Aktion im Einvernehmen mit der österreichischen Regierung gedacht hat?

Antwort: Nein. Im Gegenteil. Ich habe die Empfindung gehabt, daß es sich bei der Okkupation um eine Aktion handeln sollte, die ohne die österreichische Regierung oder über ihre Köpfe hinweg gemacht werden sollte.

Was ist Ihnen, Herr Tuzar, über eine angebliche Verhandlung der militärischen Vertreter der Entente Staaten in Wien wegen der militärischen Okkupation bekannt?

Antwort: Ich war bei zwei oder drei Zusammenkünften der militärischen Repräsentanten der Entente Mächte in Wien anwesend, in denen über die Frage verhandelt wurde, ob man von der Pariser Konferenz die militärische Befehle Wiens wegen angeblicher Gefahr von den Räterepubliken in Ungarn und Bayern verlangen sollte. Ich habe jede Beteiligung der Tschechoslowakei an einer solchen Aktion abgelehnt.

Ist bei solchen Beratungen auch von Czernin die Rede gewesen?

Gesandter Tuzar antwortete: Es ist referiert worden, daß eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, besonders von früheren Hochadel bei den Ententevertretern vorgeschrien und um die militärische Intervention gebeten haben. Unter diesen ist auch der frühere Minister Czernin genannt worden.

Ist Ihnen Herr Gesandter etwas davon bekannt, daß sich Czernin auch an den Präsidenten der Republik Masaryk gewandt hat?

Tuzar antwortete: Czernin hat mir bei seinem Besuche einen eigenhändig geschriebenen Brief an den Präsidenten Masaryk übergeben.

Dazu bemerkt Dr. Bauer: Czernin hat schon selbst zugegeben, daß er im Oktober 1918 an den damaligen österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen Andrássy herangerufen sei, um ihn zu veranlassen, die Besetzung Wiens durch englische Truppen einzuleiten. Czernin redete sich, wie wir schon hörten, darauf aus, daß damals, im Zeitpunkt seiner Intervention bei Andrássy, die österreichische Republik noch nicht begründet war. Czernin hat aber seine Behauptungen, eine Okkupation Wiens durchzuführen, auch noch in der ersten Zeit, die unsere Republik durchlebte, in einer Zeit, da unsere Repräsentanten überall bemüht waren, Hilfe und Unterstützung für Österreich zu erhalten, fortgesetzt. Anfangs Juni 1919 ist Österreich der erste Entwurf des furchtbaren Friedensvertrages überreicht worden. Damals war die ganze Anstrengung unserer Vertreter in St. Germain darauf gerichtet, eine Milderung dieses Entwurfes durchzusetzen. In diesem Augenblick hat Czernin, der nur Angst um sein Leben hatte, verlangt, daß Österreich zu einem besetzten Lande werde. Es steht fest, daß nicht wir um die Besetzung Wiens gebeten haben, sondern die Herren vom hohen Adel, unter ihnen auch der Herr Czernin. Daß sie die Entente gesandtschaften angegangen sind, Österreich zu besetzen, nicht im Einvernehmen mit uns, sondern, wie sich Tuzar ausdrückt, über unsere Köpfe hinweg, ja sogar gegen uns. Ich überlasse es Ihnen, ob die Behauptung Czernins, von der Besetzung im März noch irgendwelche Wahrscheinlichkeit hat. Es gehört zum Charakterbild Czernins, daß er den Mann, den er in der gemeinsten Weise beschimpft hat, ein Jahr später mit einem Bittgesuch bestürmt. Damit ist für mich der Fall Czernin erledigt. Czernin ist sozusagen der letzte Ausläufer dessen, was in anderen Ländern die bürgerliche Demokratie ist. Es ist bezeichnend für den heutigen Tiefstand der bürgerlichen Klasse, daß ihre Entwicklung sie dahin gebracht hat, daß sie von Männern geführt wird, die in politischen und sozialen Fragen weit rechts von den Christlichsozialen stehen und deren moralische Qualitäten charakterisiert sind durch das Dokument, das ich jetzt vorgelesen habe.

Die Ausführungen Dr. Bauers machten den größten Eindruck auf das Parlament.

Der neue Absolutismus.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Es ist wieder einmal Zeit, von Herrn Hugo Stinnes zu reden. Nicht von Stinnes als Person, sondern als Vertreter seiner Klasse. Gewiß, diese Klasse ist nicht zahlreich, sie beschränkt sich auf eine Handvoll Industriemagnaten; aber diese Handvoll beherrscht heute tatsächlich die Welt; ihr ist alles untertan, von der Kohle bis zum Fertigprodukt, ihr gehören die Leiblichen und die geistigen Kräfte der Menschheit, ihr ist der geringste Tagelöhner wie der verdienstlose Wissenschaftler nur das Werkzeug, das die Vermehrung des eigenen Reichtums fördert, der Staat und seine Einrichtungen sind das Mittel, das für die Sicherung ihrer Herrschaft sorgt. Die früheren Monarchen, die Wilhelm, die Nikolaus, die Franz Josef, mußten wenigstens eine Kontrolle neben sich dulden, sei es, daß ein Parlament ihre Rechte beschränkte, sei es, daß die Bourgeoisie die Grenzen absteckte, in denen sich der alte Absolutismus bewegen durfte. Die absoluten Herrscher unserer Zeit sind niemandem verantwortlich, sie geben der Öffentlichkeit nur so weit Rechenschaft, als es dem eigenen Interesse entspricht. Sie sagen zwar nicht so deutlich wie der Sonnenkönig: der Staat bin ich, aber sie schaffen sich jene geistige Atmosphäre, die weiten Schichten der Bevölkerung die gegenwärtige Vermögensverteilung als natürlichen Zustand erscheinen läßt. Wie anders ist es zu erklären, daß sich das Trutzwesen in Amerika, in England, in Deutschland immer weiter ausdehnen kann, ohne daß sich die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung aufhebt?

Andersen unterscheidet sich das Stinnesche Trutzwesen sehr wesentlich von den älteren Trutzdynastien in Amerika. Die Rockefeller, Morgan, Carnegie bemühten sich eines Rohstoffes oder einer Industrie und durch ununterbrochene Kapitalkonzentration und technische Vervollkommenung unterwarfen sie sich die Produktion ihres besonderen Artikels im ganzen Land und darüber hinaus. Eisen blieb bei Eisen, Öl bei Öl, Eisenbahn bei Eisenbahn, Tabak bei Tabak, soweit andere Industrien an den Hauptstützen angeliebert wurden, spielten sie die Rolle der Hilfsorganisation. Stinnes aber vertraut alle Industrien und Berufe; er ging aus von Kohle und Erz und endet bei der Zeitung. Man wird begreifen, daß das, auch mit den Augen des kapitalistisch orientierten Volkswirtschaftlers aus gesehen, einen Rückschritt bedeutet; denn so große Reichtümer Stinnes auch zur Verfügung stehen mögen, so sind sie doch nicht groß genug, damit er sich die ganze Wirtschaft Deutschlands untertan machen kann. So riesige Objekte auch seine Unternehmungen im Bergbau, in der Eisenindustrie, im Schiffbau und im Seeverkehr, in der Zellproduktion und im Transportwesen auch sind, sie stellen doch immer nur einen Teil der Produktion ihres jeweiligen Wirtschaftszweiges dar. Sie sind gegenüber den anderen Industrien nur so lange konkurrenzfähig, wie die besonderen Umstände der Nachkriegszeit in Deutschland jede Konkurrenz ausschaltet, also auf Kosten der Markterweiterung, der Unterentlohnung der Arbeiterklasse, der Desorganisation der Staatswirtschaft müheles Gewinne auf Gewinne gehäuft werden können. Deshalb ist Stinnes auch gegen die Stabilisierung der Mark, gegen die Festigung der Staatswirtschaft, gegen eine schnelle Lösung der Reparationsfrage: so lange sein Reich nicht fest gegründet ist, so lange nicht der Stinnesruhm der deutsche Trutz geworden ist.

Man versteht von diesem Gesichtspunkt aus einige Einzelheiten des Angebots des Reichsverbandes der deutschen Industrie besser, unter dem auch der Name Stinnes steht. Die Denkschrift der deutschen Gewerkschaften hat schon auf den bemerkenswerten Umstand hingewiesen, daß nach Meinung des Reichsverbandes aus den staatlichen Pflanzobjekten, sofern sie nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen ertragsfähig werden, in absehbarer Zeit jährlich etwa 600 Goldmillionen, vielleicht eine Milliarde und mehr herausgewirtschaftet werden sollen, während die gesamte deutsche Wirtschaft „unter Anspannung aller Kräfte, neben den sonstigen schweren Lasten“, nur eine Höchstsumme bis zu 500 Goldmillionen aufbringen könne. Nun war nach den Schätzungen des deutschen Volkswirtschaftlers vor dem Kriege das Verhältnis des staatlichen zum privaten Vermögen etwa 1:7; jetzt aber müte der Reichsverband den Staatsbetrieben die Aufbringung eines doppelt so hohen Betrages als dem weit größeren Privatvermögen zu! Die Industriellen sind nicht etwa so dumm, daß sie das nicht alles selbst wägen; aber sie wollen, daß die staatlichen Betriebe keine Möglichkeit mehr haben, aus ihren Überschüssen eigene Kapitalreserven zu schaffen. Dagegen wollen die Industriellen nur so viel für Reparationszwecke abgeben, als sie durch vergrößerte Ausbeutung der Arbeiterklasse und des Staates herauswirtschaften können. Im übrigen aber soll der Gewinn der privaten Unternehmung mindestens in der bisherigen Weise zu Zwecken der Kapitalakkumulation und Konzentration, zur Vergrößerung und Beherrschung des Marktes verwendet werden.

Alle diese Dinge interessieren nicht nur Deutschland, sie gehen auch die anderen Länder an. Stinnes hat dieser Tage in Mailand gewollt und einige italienische Blätter berichten, er habe mit dem Leiter der „Banca Commerciale“ gesprochen, weil er vor kurzem einige Kombinationen mit amerikanischen Industriellen abgeschlossen habe, deren Ergänzung er leicht und vorteilhaft in der italienischen Industrie finden könnte. Stinnes arbeite einen Plan für die Organisation der

europäischen Industrie aus, die sich auf die produktiven Kräfte aller Nationen stützen solle. Die Italiener sollen Hochöfen anlegen und außerdem für das gemeinsame Unternehmen den Ueberbesch an Arbeitskräften und technischen Hilfsmitteln zur Verfügung stellen. Die italienischen Häfen sollen die wichtigsten Verladeplätze für die Produkte dieses Riesenunternehmens werden. In diesem Zweck habe Stinnes auch die Fühlung mit den französischen Industriellen ständig aufrecht erhalten, trotz der Ruhrbesetzung. Ob diese Meldungen auf Kombinationen beruhen oder der Wahrheit entsprechen, mag dahingestellt bleiben. Die Tatsache bleibt bestehen, daß über alle politischen und nationalen Differenzen hinweg, mit denen die Völker einseitig abgelenkt werden, das internationale Großkapital seine Fäden spinnt, um die Vergrößerung der gesamten Weltwirtschaft zu vollenden, um die Erde dem neuen Absolutismus, dem Absolutismus der Trutzmagnaten zu unterwerfen. Vom zerrütteten Mitteleuropa her arbeiten an diesem Welt Stinnes und die Seinen; dessen anormale Lage gibt ihnen täglich die Gelegenheit, für ein Untertrot, wie man zu sagen pflegt, ihren Besitz um neue Unternehmungen zu vermehren. Das überreiche amerikanische Kapital hat bereits den Anschluß an Europa gefunden. Es hat in den deutschen Weltmärkten festen Fuß gefaßt, es nistet in Oberitalien, in den Randstaaten, es dringt in Sowjetrußland ein. Morgen vielleicht schon wird die Allianz zwischen dem amerikanischen und europäischen Kapital vollendet sein.

Es kommt jetzt alles darauf an, daß dem Willen des Großkapitals zur Vergrößerung der Welt der Wille des Proletariates zum Sozialismus entgegensteht, daß die Gesellschaft zum Behälter und Nutznießer der Produktionsmittel wird, nicht aber ein Duzend Kapitalmagnaten. Der internationale Sozialistengesang in Hamburg hat den Aufruf für diese Arbeit gegeben. Aber kein Appell an das Proletariat der ganzen Welt darf nicht wie ein Atemhauch vergehen, sondern er muß der Arbeiterklasse zum Bewußtsein bringen, daß sie durch die Anspannung aller ihrer Kräfte, durch Zusammenschluß aller ihrer Teile die Ketten zerbrechen muß, die ihr der neue Absolutismus auflegen will. Auch wenn es vergoldete Ketten sind!

Inland.

Das Schutzgesetz in Tätigkeit.

Die vorgestern abends in Prag stattgefundene gründende Versammlung der „Vereinigung für fortschrittliche Demokratie“ hat folgende Kundgebung beschlossen: „Die Vereinigung für fortschrittliche Demokratie gibt ihrer tiefen Erbitterung über das rohe und ungeschickliche Vorgehen der Prager Polizei vom 1. Juni kund, welche gegen die fortschrittliche Studentenschaft, die ihre antifaschistische Gesinnung manifestieren wollte, Brachialgewalt gebrachte. Es ist nicht zum erstenmal unter der Koalitionsregierung der Fall, daß gegen Bürger abweichender politischer Überzeugung zur Schande der demokratischen Republik und auf Kosten ihres guten Rufes im Ausland der Summenmittel in den Kampf geschickt wird. Wir protestieren in entschiedenster Weise gegen solche rein österreichische Methoden der Polizeizwillingkeit und der Polizeigewalt, die eine Schändung der jungen Freiheit bedeuten und unwürdig unseres Staates sind. Wir fordern die strenge Bestrafung der sickergestellten Schuldigen, welche auf so rohe Art ihre Amtsgewalt mißbrauchten und fordern ihre Befreiung, da sie absolut unfähig sind, den Sicherheitsdienst in einer demokratischen Republik zu versehen.“

Wie versichert wird, hat die Polizeidirektion eine strenge Untersuchung sowohl gegen die die ausgerückte Mannschaft kommandierenden Beamten, als auch gegen die Schutzleute selbst eingeleitet. Aber auch die fortschrittlichen Studenten sollen daran glauben, daß Demonstrationen gegen den Absolutismus in der Republik des Professors Masaryk verboten sind und nach dem — Schutzgesetz bestraft werden. Die von uns anlässlich der Behandlung des Schutzgesetzes im Parlamenten unzulänglichem vorgebrachte Vermutung, daß das Gesetz zum Schutze der Republik als Gesetz zum Schutze der Reaktion alle Sozialisten ohne Unterschied treffen wird, erfährt ihre Bestätigung. Gegen den tschechisch nationalsozialistischen Studenten Franz Neme wurde eine Untersuchung auf Grund des Paragraphen 14, Absatz 5 des Schutzgesetzes eingeleitet. Sein Verstand besteht darin, daß er einen vom „Pender“ verwundeten Kollegen vom Pflaster aufhob und daß er, als er zum „Auseinandergehen“ aufgefordert wurde, bemerkte, die Polizei habe wohl Gesetze zur Tötung der Menschen. Diese Charakteristik der politischen Willkür wurde als Vergehen gegen das Schutzgesetz bezeichnet und O.W.R. Dr. Kaplan waltet bereits seines Amtes als Untersuchungsrichter. Die tschechischen Nationalsozialisten haben somit Gelegenheit, eine der vielen guten Seiten des Schutzgesetzes — an ihrer Aufzählung konnte sich das „Celle Slovo“ seinerzeit nicht genug tun — am eigenen Leib zu erfahren.

In der Kammer des Abgeordnetenhauses ist eine Interpellation des Abgeordneten Dalken eingeleitet, die an zwei Stellen der Fassung verfallen ist. An Schluß dieser Interpellation wird gefragt: „1. Ist die Regierung der Folgen bewußt, die die anhaltenden Provokationen aller fortschrittlichen Elemente im Staate hervorrufen könnten? 2. Ist die Regierung ihrer Pflicht bewußt, sofort alle jene Beamten und Polizeioffiziere zu entlassen, welche den Befehl zum to-

hen Angriff der Prager Polizei gegeben haben? 3. Ist die Regierung gewillt, alle Polizeikräfte, die die fortschrittlichen Studenten beschimpften, zu entlassen? 4. Ist die Regierung gewillt, alle verhafteten Studenten zu entlassen und das Strafverfahren gegen sie einzustellen? 5. Ist die Regierung gewillt, für die am Freitag entstandenen Schäden Ersatz zu leisten? 6. Ist die Regierung gewillt, in der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses ihr Bedauern über das provokatorische Treiben der Prager Polizei auszusprechen?“

Der Prager Polizeikommissar Jamisch, der bisher der vierten Abteilung der Polizeidirektion zugeteilt war, wurde aus disziplinarischen Gründen des Dienstes enthoben. Ob diese Enthebung mit den Ereignissen vom Freitag zusammenhängt, ist nicht bekannt. Die Prager Wochenteile haben dem Polizeipräsidenten ein Memorandum überreicht, in dem sie eine Erhöhung ihrer Bezüge verlangen. Soll vielleicht ihre „Arbeit“ vom Freitag so anstrengend gewesen sein? Oder, wenn das Memorandum noch vor dem Freitag überreicht wurde, sollte da am Freitag der Beweis ihrer Tüchtigkeit durch das „forsche“ Vorgehen in den Prager Straßen geliefert werden?

Die 167. Sitzung des Senates ist für Donnerstag, den 7. Juni 4 Uhr nachmittags einberufen. Auf der Tagesordnung befinden sich die Genfer Protokolle vom 5. Oktober 1921, der Pariser Luftschiffahrtvertrag vom 13. Oktober 1919, der Bericht des verfassungsrätlichen Ausschusses über das Strafverfahren nach der Strafprozessordnung von 1896 gegen abwesende Personen, der Bericht desselben Ausschusses über die Wirksamkeit der Notare in der Slowakei und Karpathenrußland, das Währungsstrafgesetz, der Antrag Philipinsky auf Verlängerung der Frist für die Anmeldungen von Kriegsschadigten und die Immunitätsangelegenheiten der Senatoren Genossen Stark und Vink. Die Sitzung dürfte, wie aus der Tagesordnung zu ersehen ist, einen längeren Verlauf nehmen.

Der Ruhetag — Feiertag? Der Ministerrat hat die Ministerien für Unterricht und Justizwesen ersucht, ein Gutachten betreffend die Erklärung des 6. Juli zum Staatsfeiertag der nächsten Sitzung des Ministerrates vorzulegen.

Ausland.

Unruhen in Bulgarien.

Aus dem Innern Bulgariens dringen seit einiger Zeit wenig Nachrichten über die Grenze. Was man erfährt, ist nicht sehr belangreich. Man wußte, daß das Kabinett Stamboliski, das eine sehr rücksichtslose Diktatur der Bauern gegen bürgerliche Intelligenz und Arbeiterschaft ausgerichtet hat, und mit sehr terroristischen Mitteln aufrecht erhält, sich mit Hilfe einer korrupten Justiz aller politischen Gegner entledigt und es bei den Wahlen durch ein übles Wahlsystem verstanden hat, sich auch im Sobranje die absolute Mehrheit zu verschaffen. Eben dieser Terrorismus Stamboliskis hat aber nun anscheinend für die Regierung Gefahren entstehen lassen, die nicht so sehr in verfassungsmäßigem als vielmehr in gewalttätigem Widerstand gegen diese Gewaltpolitik liegen. Dabei steht die mazedonische Frage im Vordergrund. Die Mazedonier, die zur Zeit der Türkenherrschaft in einem ewigen Kriege mit den türkischen Behörden lebten, sind sehr unzufrieden damit, daß sie durch die Friedensschlüsse, abgeschlossen von einem kleinen an Bulgarien gekommenen Gebietsstreifen, griechischen und Serbien aufgeteilt worden sind. Es gab seit den Friedensschlüssen beständige Bandenunruhen und Grenzstörungen. Die südbulgarische Regierung verhandelte mit der bulgarischen vor einigen Monaten darüber, wie man dieses Bandenwesen unterdrücken könne. Stamboliski, der ganz auf dem Standpunkt der Ententepolitik steht, hat auch in diesem Punkte die bulgarische Vergangenheit vollkommen abgeschrieben und sich verpflichtet, bei der Unterdrückung der mazedonischen Banden, die eigentlich im Interesse Bulgariens tätig sind, mitzuwirken. Dieser „Verrat an der nationalen Idee“ wie sie es nennen, hat nun wieder die bulgarischen Bandenführer zu heller Empörung aufgestachelte, und es scheint zu offenem Kampf zwischen diesen Banden, mit denen sich auch Teile der unterdrückten bulgarischen Opposition verbunden haben sollen, und einer von Stamboliski organisierter Bauernmiliz gekommen zu sein. Dabei sei allerdings der Bandenführer Todor Alexandrow, der Leiter der aufständischen Bewegung, gefallen. Aber die Mazedonier seien im Besitz des ganzen Strumatales von Petrich bis Duma und Stamboliski habe sich, da er sich in Sofia nicht sicher fühle, von dort aufs Land geflüchtet, wo er von einer Bauerngarde bewacht werde. Ob diese aus Paris, Wien und Budapest kommenden Nachrichten in allem der Wahrheit entsprechen, ist nicht leicht zu sagen. Eine Befragung in bestimmter lautenden Telegrammen fehlt bisher. Daß aber die Zustände in Bulgarien äußerst bedenklich und kritisch sind, ist kaum zu bezweifeln und ebenso wenig ist zu bestreiten, daß die mazedonische Frage durch die ohne Befragung der Bevölkerung erfolgte Aufteilung des Landes keineswegs zur Ruhe gekommen ist und vermutlich die Balkanpolitik auch in der Zukunft noch weiter stark beeinflussen wird.

Irland Mitglied des Völkerbundes? Die deutsche Völkerbundliga in der tschechoslowakischen Republik teilt mit: Die Regierung des Freistaates Irland hat mit einer an das

Generalsekretariat des Völkerbundes gerichteten Note vom 1. April 1923 um Aufnahme in den Völkerbund angefragt. Das Ersuchen wird allen Mitgliedern des Völkerbundes übermittelt und wird auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung gesetzt werden. Gemäß Art. I des Völkerbundpatentes können nicht nur souveräne Staaten, sondern auch „Dominionen“ und Kolonien, die sich frei regieren, in den Völkerbund aufgenommen werden. Tatsächlich sind neben Großbritannien als einzige nicht souveräne Staatsgebilde auch Australien, Kanada, Indien, Neuseeland und Südafrika Mitglieder des Völkerbundes, so daß das englische Weltreich über sechs Stimmen im Völkerbunde verfügt, die sich durch die Aufnahme Irlands auf sieben erhöhen würden. Die Frage der Aufnahme Irlands, die — wie jede Neuaufnahme — mit Zweidrittelmehrheit erfolgen muß, wird sonach auch von diesem Standpunkte aus von höchstem Interesse sein, um so mehr als die Vereinigten Staaten ihren Nichtzutritt in den Völkerbund seinerzeit unter anderem damit begründet haben, daß es ihrer Würde nicht entspreche, im Völkerbund mit nur einer Stimme gegenüber den sechs Stimmen des englischen Weltreiches vertreten zu sein.

Die Abrüstungskommission des Völkerbundes hielt am Montag unter dem Vorsitze Schanzers (Italien) die erste Sitzung ab. Sie nahm Kenntnis von den Maßnahmen des Sekretariats zur Fortsetzung der Untersuchung über die Abrüstung und die Wirkungen des chemischen Krieges. Es wurde ihr Mitteilung gemacht von den Schritten des Völkerbundrates bei der amerikanischen Regierung, die erucht wurde, anzugeben, in welcher Weise sie mit anderen Regierungen zusammenarbeiten wolle zur Kontrolle der privaten Fabrikation von Waffen und des Handels mit Waffen. Inbezug auf diese Frage beschloß die Kommission, den Völkerbund einzuladen, auch die übrigen Staaten, die nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, zu befragen, ob sie gewillt wären, in dieser Angelegenheit mit dem Völkerbunde zusammenzuarbeiten.

Telegramme.

Ein Kind von einem französischen Soldaten erschossen.

Elberfeld, 5. Juni. (Wolff.) Im Düsseldorf Hafendiertel wurde der siebenjährige Knabe eines zur Zeit arbeitslosen Hafendarbeiters von einem französischen Soldaten erschossen, der bei seiner Verhaftung angeblich von dem Knaben beleidigt (!) worden zu sein. Der erschossene Knabe spielte mit einigen gleichaltrigen Kindern in der Nähe eines französischen Wachtlokalen. Die Kinder riefen einem Soldaten der Wachmannschaft im Scherz zu: „Nonieur, nicht Brot?“, worauf der Soldat sagte: „Alles weg!“. Als die Kinder den Ruf wiederholten, nahm der Soldat sein Gewehr und schoß. Der auf eine Entfernung von drei Metern abgegebene Schuß traf den Knaben in der linken Schläfe und riß den ganzen Hinterkopf weg. Der Täter wurde von dem wachhabenden Unteroffizier verhaftet.

Belegungen und wieder Belegungen.

Essen, 5. Juni. (Wolff.) Der Bahnhof Alt-Essen ist heute früh von den Franzosen unter Aufgehob einer großen Anzahl von Tanks besetzt worden. Dadurch ist der Verkehr von Alt-Essen nach Bochum-Nord und Dortmund unterbrochen. Wie verlautet, sollen noch mehrere auf der Bahnstrecke Essen—Dortmund liegende Bahnhöfe besetzt worden sein.

Essen, 5. Juni. (Wolff.) Heute morgens besetzten die Franzosen sämtliche Stationen der einzigen, noch bestehenden Bahnlinie Berge—Vorbef—Dortmund. Auf den Bahnhöfen sind Tanks und Maschinengewehre aufgestellt. Das gesamte Industriegebiet von Herne bis Duisburg und Düsseldorf ist nunmehr auf die Straßenbahn angewiesen.

Unser Münchener Bruderblatt auf fünf Tage eingestellt!

Berlin, 5. Juni. (Eigenbericht.) Die Münchener Polizeidirektion hat unser drittes Bruderblatt, die „Münchener Post“ auf fünf Tage eingestellt. Unsere Genossen haben Protest erhoben, da der beanstandete Artikel sich mit allgemein bekannten Tatsachen besetzte.

Gebetterter Stand der Mark.

Berlin, 5. Juni. (Eigenbericht.) Die günstige Beurteilung der politischen Lage und die Nachricht, daß die Einschränkung des privaten Devisenhandels bevorsteht, haben eine weitere Abschwächung der Devisenkurse bewirkt. Der Dollar sank auf 62,300, das englische Pfund auf 280,400, der Schweizer Frank auf 11,400, die tschechische Krone auf 1925.

Sozialdemokratische Interpellation.

Berlin, 5. Juni. (Eigenbericht.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Regierung heute in den Fragen der Markentwertung, der Lohn erhöhungen und der allgemeinen Wirtschaftslage interpelliert. Die Interpellation wird morgen beraten und Donnerstag beantwortet werden.

Abblasen der französischen Sonderaktion.

Paris, 4. Juni. Der „Temps“ schreibt im Hinblick auf die bevorstehende Brüsseler Besprechungen, Frankreich habe stets das Bestehen und die Entwicklung der interalliierten Solidarität gewünscht. Man hätte gerne gesehen, daß die Befehung des Ruhrgebietes von sämtlichen Alliierten zusammen vorgenommen worden wäre. Man wünsche endlich, daß sie alle zusammen das nächste Deutschland Antwort erteilen. Die getrennte Aktion sei durch die Notwendigkeit aufgezwungen worden. Wenn es sich um die Beurteilung der nächsten deutschen Vorschläge handle, werde die Frage auftreten, an welche ausgesprochenen praktischen Kriterien man sich zu halten habe. Die französische und belgische Regierung habe diese Frage schon beantwortet. Man werde zu sehen, ob Deutschland auf seinen passiven Widerstand verzichtet oder nicht. Verzichte es, so sei es natürlich, daß die Alliierten dies zur Kenntnis nehmen, und damit habe man einen Ausgangspunkt zu einer gemeinsamen Antwort. Verzichte Deutschland nicht oder verweigere es, davon zu sprechen, werde es darauf ankommen, daß sämtliche Alliierten einig seien, um zur Einstellung dieses Widerstandes aufzufordern. Auch in dem weniger günstigen Falle werde man Gelegenheit zu einer gemeinsamen Antwort haben.

Deutschlands Naturalleistungen an Italien.

Rom, 4. Juni. („Volta“.) Die deutschen Behörden haben an Italien die Naturalleistungen, die seit Jahresbeginn rückständig waren, abgeliefert. Nur infolge der Ueberbürdung des Uebernahmepersonals und der Ueberlastung der Bahnlinie Kufstein-Brenner, die allein nach der Besetzung Badens durch die Franzosen in Betracht kommt, sind die Holzlieferungen noch nicht zur Gänze eingetroffen, sie sind jedoch in den nächsten Tagen zu erwarten.

Der kommunistische Einheitsfrontschwandel.

Eine Erklärung der österreichischen Sozialdemokraten.

Wien, 5. Juni. (Sch. P. B.) Bekanntlich hat in der vorigen Woche der kommunistische Parteivorstand an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei eine Zuschrift gerichtet, in der die Bildung eines gemeinsamen Aktionsausschusses gegen Kriegsgefahr und Faschismus vorgeschlagen wird, der aus Vertretern der beiden politischen Arbeiterparteien, der Gewerkschaftskommission, des Gewerkschaftsrates und des revolutionären Blods der Metallarbeiter, Eisenbahner, Handels- und Transportarbeiter-Berände gebildet werden sollte. Heute veröffentlichte der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Österreichs die negative Antwort. In dieser heißt es:

„Was die Aufforderung zur Bildung eines gemeinsamen Aktionsausschusses gegen Faschismus und Kriegsgefahr betrifft, wollen wir ganz offen erklären, daß wir darin nichts anderes sehen als einen der nun bereits genügend bekannten Versuche des kommunistischen Schwandels mit der Einheitsfront. Wir wissen, daß die Komites gegen Faschismus und Kriegsgefahr nur die neue Firma darstellen, unter der die Geschäfte mit der Taktik der Einheitsfront gegenwärtig in internationalen Maßstäbe weitergeführt werden sollen. Aber in keinem Lande wird die Durchführung des Moskauer Aufrufes grotesker als in Österreich, wo die Kommunisten ihre wirkliche Stellung zur Einheitsfront des Proletariats bereits vor mehr als einem Jahr durch ihren Austritt aus dem Arbeiterratte restlos dokumentiert haben. Die Arbeiter Österreichs kennen die kommunistische Partei als bewußte Gegnerin der solidarisierenden und disziplinierten proletarischen Aktion. Sie wissen, daß die Kommunisten von der Einheitsfront nur reden in der Absicht, den wählbaren proletarischen Organisationen Österreichs Schaden anzutun. Die Arbeiterklasse Österreichs kann es ihnen daher überlassen, so viele Komites zu gründen, als ihnen beliebt. Sie wird den Kampf gegen Kriegsgefahr und Faschismus weiterführen im Vertrauen auf die Kraft und Größe ihrer sozialdemokratischen Partei und ihrer Gewerkschaftsbewegung.“

Gegen die Gewalttaten der Royalisten.

Paris, 5. Juni. (Savas.) Zu Beginn der heutigen Sitzung genahmte die Kammer die Plakatierung der vom Abg. Seriot, dem Führer der Radikalen, und dem Abg. Emmanuel Trouffe (gemäßigter Republikaner) in der am 1. Juni stattgefundenen Kammerdebatte gehaltenen Reden, in welchen die von den Camerlons du Roi verübten Gewalttaten verurteilt werden. Die Plakatierung der Rede Seriot's wurde mit 280 gegen 213 Stimmen angenommen, die der Rede Trouffe's mit 520 gegen 44 Stimmen. Hierfür genehmigte die Kammer mit 378 gegen 61 Stimmen die Plakatierung der Rede des Innenministers, in welcher er die gegen diese Gewalttaten getroffenen Maßnahmen bekanntgibt.

Sozialistenkongress in Japan.

Tokio, 5. Juni. (Savas.) Hundert Kommunisten und Sozialisten wurden wegen Verschwörung gegen den Staat verhaftet.

Faschistische Zeitgebäude.

Rom, 4. Juni. Nach einer gestern in Triest veranstalteten patriotischen Feier haben die Faschisten Kommunisten verfolgt und nach Waffen durchsucht. Hierbei wurde ein Faschist von stehenden Kommunisten erdolcht. Später kam es zwischen Faschisten und einer sozialistischen Gefolgschaft zu einem Zusammenstoß, in dessen Verlauf drei Sozialisten verwundet wurden.

Einleiten Englands gegen Rußland?

London, 5. Juni. (Savas.) Die letzte nach Rußland gesandte englische Note soll sehr wohlwollig gehalten sein und eine wechselseitige Vereinbarung vorschlagen, auf Grund deren beide Parteien allem vorbeugen könnten, was gegen die staatlichen und öffentlichen Einrichtungen, sei es in Rußland oder England, gerichtet sei.

Der Fremdenzuzug in der Türkei.

Lausanne, 4. Juni. (Sch. P. B.) In der heutigen Nachmittags-sitzung des politischen Komitees wurde die neue Form der Rechtsgarantien für Ausländer in der Türkei endgültig angenommen. Es handelt sich darin um eine Erklärung der türkischen Regierung, welche die Ernennung von ausländischen Rechtsberatern für die Türkei vorsieht, die vom ständigen internationalen Gerichtshof vorgeschlagen werden und einem im Weltkriege neutral gebliebenen Staat angehören müssen. Sie haben ihren Sitz in Konstantinopel und Smyrna, wirken an den gesetzgebenden Arbeiten mit und verfolgen ohne irgend ein Einmischungsrecht, wie die Alliierten es früher gefordert hatten, die Rechtsprechung gegen Ausländer. Bei Hausdurchsuchungen und Verhaftungen alliierter Staatsangehöriger haben die türkischen Behörden die Verpflichtung, die Rechtsberater sofort nach den Verhaftungen oder Hausdurchsuchungen zu verständigen. Ferner genehmigte der Ausschuss die türkische Forderung, wonach nicht das linke Maraja-Ufer, sondern der Talweg der Maraja die Grenze bildet, sowie das Verbleiben der Insel Merkeb, die die Verlängerung von Jambros und Tenedos bildet, bei der Türkei.

Die Lage in der Cyrenaika.

Rom, 5. Juni. (Savas.) Kolonialminister Federzoni gab in der Kammer umfangreiche Erklärungen über die Situation in der Cyrenaika und in Tripolis ab, sowie über die letzten militärischen Operationen. Italien sei jetzt Herr des ganzen Hochplateaus von Cyrenaika vom Meere bis zur Wüste. Die einheimische Bevölkerung arbeite dort ruhig. Der Semienaufstand sei unterdrückt worden. Ein Aufstandsversuch sei zwar nicht ausgeschlossen und auch nicht die Ausbreitung der italienischen Okkupation. In Tripolis sei der letzte Widerstand der Aufwührer gebrochen und die Regierung stehe jetzt vor der Aufgabe, die Gebietswerte auszunutzen.

Demission der estländischen Regierung.

Berlin, 5. Juni. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet über Romsberg, das estländische Kabinett habe beschloffen, in seiner Gesamtheit zu demissionieren, um dem neuwählten Parlamente Gelegenheit zu geben, sofort die Bildung eines neuen Kabinetts in die Wege zu leiten.

Überprüfung der ständigen Wählerlisten.

Im Herbst dieses Jahres werden die Gemeindewahlen stattfinden. Wahlberechtigt sind auch für diese Wahlen nur jene Personen, welche in die ständigen Wählerverzeichnisse aufgenommen wurden. Für die Gemeindewahlen werden eigene Wählerverzeichnisse nicht angefertigt. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß die Richtigkeit der ständigen Wählerverzeichnisse bei der diesmaligen Auflegung besonders gewissenhaft überprüft und dem Reklamationsverfahren die größte Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die ständigen Wählerverzeichnisse liegen in der Zeit vom 15. bis 22. Juni zur öffentlichen Einsichtnahme auf, während dieser Zeit können Einwendungen gegen die Richtigkeit der Wählerverzeichnisse erhoben werden. Bezüglich der Auflegung der Wählerverzeichnisse sind die Bestimmungen des § 8 des Gesetzes über ständige Wählerverzeichnisse genau zu beachten und ist insbesondere zu überwachen, ob die Wählerverzeichnisse auch tatsächlich in den durch das Gesetz bestimmten Stunden aufgelegt werden.

In Gemeinden mit einer Einwohnerzahl bis 5000 müssen die Wählerlisten vom 15. bis 22. Juni wenigstens durch drei Stunden täglich zur allgemeinen Einsichtnahme zugänglich sein.

In Gemeinden über 5000 Einwohner wenigstens durch acht Stunden täglich, und zwar am Samstag auch in den Mittagsstunden und am Sonntag von 8 bis 12 Uhr Mittags.

In Gemeinden über 20.000 Einwohnern muß während der achtstündigen Frist in jedem Hause ein Verzeichnis der in diesem Hause wohnenden Wähler angehängt werden.

Beschaffung der Wählerverzeichnisse. In Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern ist nach § 9 des Gesetzes vom 19. Dezember 1919, S. d. G. Nr. 663 das Verzeichnis der Wähler über Verlangen eines beliebigen Bürgers zu vervielfältigen und längstens am ersten Tage der Reklamationsfrist (15. Juni) auszufolgen. Der Anspruch auf Ausfolgung eines solchen

vervielfältigten Wählerverzeichnisses muß aber längstens acht Tage vor Auflegung der Wählerverzeichnisse, also am 7. Juni, beim Gemeindevorsteher geltend gemacht werden und muß der Besteller die beizulegenden Kosten erlegen.

Die Arbeit unserer Organisationen. Die nächsten vierzehn Tage müssen in allen Organisationen dazu verwendet werden, das notwendige Material zur Ueberprüfung der amtlichen Wählerverzeichnisse herbeizuschaffen. Das ist auf die Art möglich, daß in der Lokalorganisation eine Aufnahme aller wahlberechtigten Personen nach Straßen und Häusern geordnet vorgenommen wird.

Ferner ist es Pflicht der Lokalorganisationen, die sozialdemokratischen Mitglieder der Gemeindevertretungen darüber zu befragen, ob sie auf die möglichst genaue Anlage der Wählerverzeichnisse Einfluss genommen haben.

Für die genaue Anlage der Wählerverzeichnisse zu sorgen, ist ferner auch eine Pflicht der Mitglieder der Ortswahlkommissionen, die eigentlich die Anlage und Evidenzführung der ständigen Wählerverzeichnisse zu überwachen haben.

Die Ortswahlkommissionen wurden auf die Dauer von drei Jahren ernannt und ist es festzustellen, ob in jeder dieser Kommissionen unsere Partei ihre Vertreter hat. Sollte in einer Ortswahlkommission der sozialdemokratische Vertreter fehlen, also ein Ersatz vorgenommen werden müssen, so ist deshalb sofort bei der politischen Bezirksverwaltung einzuschreiten.

Die Reklamationsarbeit ist mit der größten Gewissenhaftigkeit durchzuführen, und sind hierbei die Bestimmungen des Gesetzes über die ständigen Wählerlisten, u. zw. § 10, genau zu beachten, wobei wir bemerken, daß das Gesetz vom 19. Dezember 1919 durch das Gesetz vom 23. Jänner 1920, Sammlung der Gesetze Nr. 44, teilweise geändert wurde. Beide Gesetze sind in der Folge 17 von Stiepois Ausgabe enthalten.

Nach § 5 des Gesetzes vom 23. Jänner 1920, durch welchen der dritte Absatz des § 10 des Gesetzes vom 19. Dezember 1919 abgeändert wurde, steht allen Personen, welche bereits in die Wählerverzeichnisse eingetragen sind, oder welche ihre Eintragung in die Wählerverzeichnisse anstreben, das Recht zu, Einspruch gegen die Richtigkeit der Wählerverzeichnisse zu erheben.

Außerdem hat aber auch jeder Bürger, welcher in den Wählerverzeichnissen einer beliebigen Gemeinde des selben Wahlkreises enthalten ist, das Recht zur Reklamation. Die Reklamationen müssen in der Zeit vom 15. Juni bis längstens 22. Juni beim Gemeindeamte eingebracht werden.

Die Reklamationen sind schriftlich abzufassen und dürfen nur einen Fall betreffen. Es muß also die Reklamation bezüglich jedes einzelnen Wählers auf ein eigenes Formular geschrieben werden und kann, falls eine Reklamation mehrere Fälle aufweist, diese Reklamation aus formalen Gründen abgewiesen werden.

Es empfiehlt sich, daß in jeder Lokalorganisation während der ganzen Reklamationszeit eigene Reklamationsstellen errichtet werden, in welchen von hiezu bestimmten Genossen die Reklamationen ausgefertigt werden.

Reklamationen können erhoben werden, wenn eine Person unberechtigt in den Wählerverzeichnissen enthalten ist, oder deshalb, weil eine wahlberechtigte Person in den Verzeichnissen fehlt, das Geburtsdatum unrichtig angeführt ist oder ein Wähler unrichtig bezeichnet ist. Es ist also nicht nur zu reklamieren, wenn ein Wähler im Verzeichnis überhaupt nicht enthalten ist, sondern auch dann, wenn sein Name unrichtig geschrieben ist, eine falsche Adresse angegeben ist, oder wenn das Geburtsdatum nicht stimmt, denn es könnte vorkommen, daß solchen Wählern dann bei der Stimmenabgabe Schwierigkeiten gemacht werden.

Wenn die Streichung eines Wählers gefordert wird, so muß dieser Wähler sofort davon mit dem Bemerkten verständigt werden, daß er gegen dieses Begehren binnen drei Tagen beim Gemeindeamte seine Aeußerung schriftlich einbringen kann. Darauf müssen unsere Wähler aufmerksam gemacht werden, damit sie, falls von gegnerischer Seite ihre Streichung verlangt wird, rechtzeitig Einspruch erheben und sich bei unseren Auskunftsstellen Rat und Hilfe einholen.

Erfordernisse des Wahlrechts. Zur Durchführung des Reklamationsverfahrens ist die genaue Kenntnis der Erfordernisse des Wahlrechtes notwendig. Wahlberechtigt sind alle Staatsbürger der tschechoslowakischen Republik, ohne Unterschied des Geschlechtes, welche am 15. Juni (dem Tage der Auflegung der Wählerverzeichnisse) das 21. Lebensjahr überschritten haben, in der Gemeinde seit wenigstens drei Monaten vom Tage der Auflegung der Wählerliste zurückgerechnet, also seit dem 15. März 1923, wohnhaft sind. Vom Wahlrecht sind ausgeschlossen alle Personen, welche durch rechtskräftiges Urteil des Rechts verlustig erklärt wurden, über ihr Vermögen frei zu verfügen, zweitens Personen, welche in Konkurs geraten sind, während der Dauer des Konkursverfahrens, sowie jene, über deren Ansuchen ein Ausgleichsverfahren im Zuge ist, solange dasselbe nicht abgeschlossen ist, drittens Personen, die durch ein rechtskräftiges Urteil eines Strafgerichtes wegen einer solchen Handlung verurteilt wurden, die nach den bestehenden Bestimmungen den Verlust des Gemeindegewaltrechtes nach sich zieht, viertens Personen, die sich in einer Zwangsarbeitsanstalt befinden.

Bezüglich der Militärpersonen gilt gegenwärtig noch die Bestimmung, daß selbe in die Wählerverzeichnisse jener Gemeinde einzutragen sind, in der sie am Tage der Auflegung der Wählerverzeichnisse dienstlich eingeteilt sind.

Tages-Neuigkeiten.

Das „Lied der Arbeit“.

Wie unser Triumphgesang entstand.

Unzählige Male haben wir es gesungen; unzählige Male haben Stunden unserer Erhebung und Begeisterung würdigen Abschluß, Krönung gefunden in dem „Lied der Arbeit“. Wie viele unter uns aber kennen die Namen des Dichters und des Komponisten, denen wir es verdanken? Ludwig Brügge nennt uns in seiner „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie“ die Quelle, die Aufschluß über die Entstehung unseres proletarischen Triumphgesanges gibt. Es ist ein Aufsatz Rudolf Hanfers vom 12. März 1891 in der III. Familienbibliothek:

„Im Briefkasten des damals neugegründeten Arbeiterbildungsvereines in Wien, der heute nach 24-jährigem Bestehen sein Domizil in Wien VI., Blaugasse 1, hat, fand man im Frühjahr 1888 eines schönen Morgens, kurz nachdem sich der Arbeiter-Gesangverein als Sektion des Bildungsvereines konstituiert hatte, ein geschriebenes Gedicht, jedoch ohne Namen des Dichters. Der Titel lautete: „Das Lied der Arbeit“. Dieser Text wurde von dem älteren Parteigenossen gewiß persönlich bekannten Freund Andreas Scheu seinem Bruder Josef Scheu zur Komposition übergeben, welcher mit Freunden dem Texte seine Musik gab. Schon einige Wochen später, im Sommer 1888, sang das Lied der Arbeit bei einem Gartenfest bei Sobel in Wien zum ersten Male, und Text und Melodie brachten Jubel und Begeisterung in die erschienenen zahlreichen Festgäste. Das Lied der Arbeit war mit diesem Tage in die Reihen der österreichischen Sozialdemokratie eingeführt. Kurze Zeit darauf, nachdem das Lied bereits in aller Munde war, wurde auch der Anonymus gefunden, der Name des Dichters ward eruiert. Es war J. J. Japf. Am 29. November 1847 als der Sohn eines armen Seidenwebers in Wien geboren, besuchte er die vierklassige Volksschule am Schottenfeld. Nach unglücklichen Versuchen, eine unentgeltliche Weiterbildung zu erlangen, erlernte er das Gravurgewerbe. Des unzulänglichen Wissens, welches aus der damaligen Volksschule geholt werden konnte, suchte er durch fleißige Benützung der Gewerkschule, damals erst errichtet, und der von R. v. Vorkenau gestifteten Sprachschule zu ergänzen; die langen Vorstunden waren teils der zeichnerischen Ausbildung, teils den Wissenschaften, namentlich den Sprachen und ihrer Literatur gewidmet, und bei seinen geringen Mitteln konnte dies nur durch Selbststudium geschehen. Als Gehilfe des Arbeiterbildungsvereines beigetreten, hielt er durch zwei Jahre in dessen Filiale im zweiten Bezirk französische Sprachkurse ab. Die Gründung des Arbeitergesangvereines begünstigte er mit der Widmung des Liedes der Arbeit. Die Arbeiterausstellung im Jahre 1889 brachte ihm durch einen günstigen Verkauf seines Objektes die Mittel, eine Reise ins Ausland, wie längst gewünscht, zu machen. Nach mehrwöchigem Aufenthalt in Frankreich und der Schweiz, von wo er in Schule und Kiekers sehr viel Erlerntes mitbrachte, gründete er 1872 hier sein eigenes Atelier und erhielt nebst der Berufung als Lehrer an eine zu gründende Hochschule für Gold- und Bronzeindustrie vom k. k. Handelsministerium ein Stipendium zum Besuch der Kunstgewerbeschule des österreichischen Museums. Die Errichtung jener Schule kam nicht zustande; erst im Jahre 1878 wurde von privater Seite, allerdings mit Staatsubvention, eine Schule für Goldschmiede und Graveure gegründet, und über Vorschlag der Geschäftsangehörigen ihm die Leitung übertragen. Seitdem wirkte er geschäftlich und in der Schule, und wie er selbst in seinem Briefe sagt: „Hoffe ich durch meine Tätigkeit beizutragen zum Wohle des arbeitenden Standes, namentlich der jüngeren Generation, indem ich nach bestem Wissen und Können das Wahre und Praktische zu überlegen suche: Wissen ist Macht.“

Josef Scheu führt schon seit Jahrzehnten den Dingenfortschritt im Kampfe für die Freiheit. Er ist der älteste unter drei Brüdern, Andreas und Heinrich, die ihrem Vaterland den Rücken gekehrt, sind ebenfalls heute noch wie immer im Vordertreffen der internationalen Sozialdemokratie. Josef ist Gesangslehrer in Wien und ist am 15. September 1841 in Wien geboren. Dichter und Komponist haben also einen und denselben Geburtsort.

Und es jung und paktel und kreßt und knirscht... Am letzten Sonntag tagte in München eine Konferenz der Vertreter der Hafenfreizparteien unter hervorragender Mitwirkung Sillers und aller, die es werden wollen. Sie zu gehören unsere lieben Freunde Knirsch und Jung. Angeblich war auch der Fahrner dort. Ihn meldet das Wiener „Acht Uhr-Blatt“, das von früher noch gute Verbindung mit den Hafenfreizern zu haben scheint, sich jetzt aber von den Großbürgern geschlagen hat. Dieser Schwabblat weiß auch folgendes von der Münchner Hafenfreizschau mitzuteilen:

„Die Methoden der Hiltlerleute sollen jetzt auch in die tschechoslowakische verpflanzt werden, der berüchtigte Knirsch ist dazu ausersehen, in den deutschen Gegenden der tschechoslowakischen Anschlag zu treiben, wie ihn Knirsch in Österreich und Böhmen macht.“

Uns schlottern die Anie. Was wird de sonnen? Wir sehen im Geiste den Paktel vor uns, wie er an der Spitze der Duxer Orgelesionen mit einem Glas Bier in der Hand, den Kampf für Kaiser und Reich beginnt. Und als die ungeheuren Heerhaufen, die Knirsch oder Jung, Krebs und Fahrner kommandieren wer

Die Folgen des Marksturzes.

Streiks. — Erhöhung der Tarife. — 500.000 Mark-Noten.

den! Das wird ein Remasuri werden. Wenn sich Anisch bewährt, wird er Oberkommandant und bekommt von Kaiser das Sakenkrenz erster Klasse am Bande des Streifkrochens. Die „Prager Presse“ schlägt schon heute wie besessen vor: „Ein vielversprechendes Herbstprogramm der Sakenkrenzler.“ „Gepantes Debit in der Tschechoslowakei“, schreibt sie in schwerster Angst. Es ist ja auch wirklich keine Kleinigkeit. Jedenfalls wird es gut sein, wenn die Arbeiter ein paar nasse Feggen vorbereiten. Die dürften genügen, etwaige erregte Köpfe abzukühlen.

Das Finanzministerium gegen die Schundliteratur. Der von uns vor einigen Tagen mitgeteilte Erlaß des Finanzministeriums, der es den Tabaktrafanten verbietet, Schundbilder und Schundliteratur, also pornographische Aufsichtsarbeiten, Indianer, Räuber, Detektivhefte u. dgl. feilzubehalten, darf mit Anerkennung begrüßt werden, aber in der allgemeinen Form, in der er gehalten ist, wird er kaum allzuviel Nutzen stiften. Denn es ist zu befürchten, daß die meisten Trafikanten selbst bei gutem Willen, den man in Anbetracht des ihnen so entzogenen Geschäftes bei ihnen nicht voraussetzen darf, mit dem Begriff „Schundliteratur“ nur höchst unklare Vorstellungen verbinden. Wie soll also nach der Meinung des Finanzministeriums der Tabakverleiher wissen, welche Bilder und Hefte unsittlich sind. Ist der Herr Farmer hier maßgeblich oder die politische Behörde erster Instanz oder gar ein in die Tschechoslowakische Republik verbannter Professor Brunner? Will man wirklich etwas gegen die Giftpflanze unternehmen, die allorts wuchert, die die Phantasie der Jugend und des Volkes verdirbt und manchmal — man denke an Karl May — sogar in „ethisch-latholischer“ Aufmachung vertrieben wird, so bedarf es eines einwandfreien Zensur- und Sachverständigenkollegiums, zusammengestellt aus ersten Männern der Kunst, der Literaturwissenschaft und Vertrauensleuten des Volkes. Bücher- und Bilderversteher, die dieses Kollegium den überwachenden Behörden periodisch zur Verfügung stellen, hätten die Richtlinien festzulegen und die Titel der Schundware zu nennen, nur so könnte fruchtbarere Arbeit geleistet und böse Mißgriffe verhindert werden. Ein Erlaß von wenigen Zeilen hilft wenig, eine Frage von so großer Bedeutung für die seelische Gesundheit des Volkes bedarf länger, zielbewußter und jäher Arbeit. Der Tabakregulierungs- und der Trafikantenreihen als Zensoren jedenfalls nicht aus.

Am den kleinen Grenzverkehr. Der nordböhmische Gau der Arbeiter-Radsfahrer hatte für den 3. Juni eine Demonstrationsversammlung aller angeschlossenen Vereine nach Tetschen einberufen, in der die Forderung nach Erleichterung im kleinen Grenzverkehr erhoben wurde. Aus allen Orten kamen die Radsfahrer am Tetschner Marktplatz zusammen und es dürften wohl an die 500 Personen gewesen sein, die mit ihren Fahrrädern um den Tetschner Marktrunnen Aufstellung nahmen. Von Turn-Tepliz, Warnsdorf, Aussig, Saida, Eulau und aus zahlreichen Orten des Bodenbacher Bezirkes waren sie zusammengeströmt, um diese bescheidene Forderung vor aller Öffentlichkeit zu erheben. Genosse Arnberg aus Bodenbach hielt eine kurze Ansprache, in der er darauf hinwies, daß es Beschränkungen im Grenzverkehr nur für die Arbeiter gebe. Die Herrschaften im Automobil und Salonwagen kennen Beschränkungen nicht. Für sie ist die Grenze jederzeit geöffnet. Für die Arbeiter handelt es sich nicht um „Volutareisen“, ihnen ist es darum zu tun, jahrzehntelange Verbindungen mit den Massengewerkschaften jenseits der Grenzen aufrecht zu erhalten. Man möge nicht kommen und sagen, die Arbeiter mögen sich Pässe besorgen. So weit reichen ihre Mittel nicht. Genosse Arnberg weist dann auf den Klassencharakter des Staates hin, der wie in allen anderen Fragen, auch hier zweierlei Recht geschaffen hat, ein anderes für die Besitzenden und ein anderes für

Berlin, 5. Juni. Bei der Hoch- und Untergrundbahn haben heute mittags die Belegschaften der Werkstätten und des Kraftwerkes plötzlich die Arbeit niedergelegt und damit den gesamten Verkehr der Bahn stillgelegt. (Der Streik wurde — wie eine spätere Meldung befragt — bereits beigelegt. D. Red.)

Die im Reichsfinanzministerium vereinbarten Erhöhungen der Löhne für Staatsarbeiter um durchschnittlich 66,66 Prozent sind von den Gewerkschaften noch nicht endgültig angenommen worden. Die Gewerkschaften haben sich auch vorbehalten, bei einer eventuellen neuen Markterhöhung im Laufe des Juni neue Forderungen zu stellen.

Infolge der neuen Entwertung der Mark hat die Reichsbank neue Noten im Nennbetrage von 500.000 Mark in Umlauf gegeben.

Die arbeitenden Klassen. Eine der Versammlung vorgelegte Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme und wird der politischen Bezirksverwaltung in Tetschen übermittleit werden. Die Auflösung der Versammlung erfolgte in voller Ruhe und Ordnung.

Die staatsgefährliche Melodie. Der Tischlergehilfe Titus Kastner vergnügte sich in einer Budapest-er Kneipe. Er gab zwei kleinen Jüngern den Befehl, die Internationale zu spielen. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen den Tischlergehilfen, der sich mit Volltrunkenheit verteidigte, die Anklage wegen Aufreizung und der Budapest-er Gerichtshof verurteilte Titus Kastner zu zwei Monaten Gefängnis und fünfzehnhundert Kronen Geldstrafe. In der Begründung des Urteils wurde betont, daß nicht nur der Text, sondern auch die Melodie der Hymne gegen die bürgerliche Rechtsordnung und die Staatsordnung und für die Aufzeichnung der proletarischen Diktatur aufzureizen.

Die Stimmesierung der reichsdeutschen Presse. Der Allgewaltige im Reichsverband der Industrie, Herr Stinnes, hat vor wenigen Wochen das Blatt der Frankfurter Orgesch, die „Frankfurter Nachrichten“, für 300 Millionen Mark erworben. Von Frankfurt aus beabsichtigt er jetzt, ganz Süd- und Mitteldeutschland mit „Presseerzeugnissen“ zu bearbeiten. Selbstverständlich geschieht das im Sinne der Schwerindustrie. Sein Plan geht dahin, daß die „Frankfurter Nachrichten“-Druckerei schon in aller Kürze 25 bis 30 Neuzeitungen (Kopfzeitungen) herstellt, die Süd- und Mitteldeutschland überschwemmen. Kopfblätter des Frankfurter Stinnesblattes bestehen bereits für Heidelberg und Fulda. Ohne Zweifel läßt sich Stinnes nicht von dem Gedanken leiten, große Gewinne zu machen, die heute an sich bei einem Zeitungsunternehmen ausgeschlossen sind. Er hat die Bedeutung der Presse erkannt, er weiß, daß die öffentliche Meinung heute eine Macht ist, und um diese Macht in seinem Sinne wirken zu lassen, kauft er, wenn irgend möglich, bestehende Zeitungen auf und gründet neue.

Der „Reigen“-Brunner auf der Schundliste. Der „Reigen“-Brunner, der früher als Referent im preussischen Wohlfahrtsministerium und literarische Beirat des Berliner Polizeipräsidiums, Professor Karl Brunner, „bekannt“ aus dem „Reigen“-Projekt, fühlte sich durch einen in der „Frankfurter Ztg.“ erschienenen Aufsatz „Schund, Schmutz und Brunner“ gekränkt. In dem Artikel war in humoristisch-satirischer Form ein im Amtsblatt des Frankfurter Polizeipräsidiums veröffentlichtes Verbot glossiert worden, wonach die von Brunner

Der Verkehrsbeirat, der heute zur Beratung der von der Postverwaltung vorgeschlagenen Verdopplung der Posttarife ab 1. Juni zusammentrat, wurde durch eine, vom Reichsfinanzministerium ausgearbeitete Tarifvorlage überrascht, die weit über den ursprünglichen Vorschlag hinausgeht. Die neuen Tarife bedeuten für Briefe und Postkarten eine vier- bis fünffache Erhöhung, bei Telegrammen das Dreifache, bei den Fernsprechanlagen das Siebenfache. Begründet wird die neue Vorlage damit, daß infolge der rapiden Marktentwertung bei dem ursprünglichen Vorschlag die Post ein Defizit von 2550 Millionen Mark haben würde. Trotz dieser Erhöhung bleiben die neuen Tarife noch weit hinter den Postgebühren des Auslandes zurück.

begründete Schriftenreihe „Deutsche Taten“ als Schund- und Schmutzliteratur wegen Gefährdung der Jugendlichen nicht weiter vertrieben werden dürfe. Die Grösste für Brunner lag darin, daß er auf die Schundliste gesetzt wurde. Der Beirat des Frankfurter Polizeipräsidiums für Fragen der Schmutz- und Schundliteratur, Frohmann, gab als Zeuge eine ausführliche Begründung, warum er die „Deutschen Taten“ des Professors Brunner auf die von ihm bearbeitete Schundliste habe setzen lassen. Die „Deutschen Taten“ Brunners seien eben nicht etwa (wie der Vorsitzende meinte) ihres patriotischen Inhaltes wegen, sondern wegen ihrer Form, der Aufmachung und der einseitig auf Kriegsgewalt, Mord- und Rohheitsakte eingestellten Auswahl für die Jugend ungeeignet. Die Verhandlung endete mit einem Freispruch des angeklagten Redakteurs der „Frankf. Ztg.“ Brunner hat außerdem die sicherlich nicht unbeträchtlichen Kosten zu tragen.

Politische Morde in Spanien. Der Kardinal Erzbischof Solvilla wurde von einem unbekanntem Täter in dem Momente ermordet, als er aus dem Automobil vor seinem Landgute in der Umgebung von Saragossa ausstieg. Zwei zu beiden Seiten des Automobils stehende junge Männer gaben etwa 12 Revolverkugeln ab. Der Kardinal wurde sofort getötet, sein Verwundet und der Chauffeur verletzt. Die Zeugen des Attentates sahen nach demselben zwei Männer über das Feld laufen. Man bringt die Ermordung damit in Zusammenhang, daß der Kardinal sich mit der Schaffung eines Syndikates der katholischen Arbeiterschaft befahte und vor kurzem eine an die Regierung gerichtete Postkarte unterfertigt hatte, in welcher er gegen einen eventuellen Antrag auf Aenderung der Verfassung protestierte, nach welcher sämtliche Religionen gleichberechtigt und gleichwertig wären. — In Barcelona töteten unbekannt Täter einen Wachmann und verletzten Spaziergänger. Das Attentat galt offenbar dem ehemaligen Advokaten der roten Syndikalistischen Homis, welcher mit dem Wachmann ging.

Das Alkoholverbot in Amerika. Das Staatsdepartement in Washington hat Bestimmungen über die Frage der Alkoholvorräte an Bord fremder Schiffe erlassen, die sich genau an die vom Obersten Gerichtshof getroffene Entscheidung halten. Danach ist den Schiffen innerhalb der territorialen Gewässer nicht gestattet, geistige Getränke an Bord zu führen, außer wenn sie medizinischen Zwecken dienen, für fremde diplomatische Vertretungen bestimmt sind oder sich an Bord eines fremden Kriegsschiffes befinden. An Land darf Alkohol nicht gebracht werden.

Die Zahl der Todesopfer der Elementarkatastrophe in Val d'Aosta in Oberitalien beträgt 16. Die durch die Wassereinträge allein verursachten Schäden werden auf 17 Millionen geschätzt.

Professor Stedl gestorben. Gestern früh wurde in seiner Wohnung in Prag der Professor der deutschen Universität und ehemalige liberale österreichische Reichsratsabgeordnete für Czernowitz, Dr. Artur Stedl, tot aufgefunden. Professor Stedl war im Jahre 1859 in Graz geboren, studierte und promovierte dort. Er habilitierte sich für den österreichischen Zivilprozeß in Czernowitz, 1912 wurde er ordentlicher Professor an der Prager deutschen Universität. Er war österreichischer Reichsratsabgeordneter von Czernowitz und entfaltete eine reiche wissenschaftliche Tätigkeit.

Präsident Masaryk reiste, wie das „Ceste Slovo“ meldet, gestern in die Schweiz, von wo er sich nach Marseille begeben wird, um eine Meerfahrt zu unternehmen. Der Präsident wird etwa drei Wochen auf Reisen sein.

Hochkonjunktur und Wohnungsnot. Detroit, der Mittelpunkt der amerikanischen Automobilindustrie, erfreut sich eines so blühenden wirtschaftlichen Wohlstandes, daß Tausende seiner Bewohner kein Dach über dem Kopf haben. Das Paradox findet seine Erklärung in der Tatsache, daß die Zahl der Arbeiter, die die industrielle Hochkonjunktur aus allen Teilen der Vereinigten Staaten nach Detroit zieht, von Tag zu Tag so wächst, daß die Zuziehenden, die keine Wohnung in der Stadt finden können, genötigt sind, in der Peripherie zu hausen. Weitere Tausende aber mühen sich, bis 50 Kilometer von Detroit entfernt ein Heim zu suchen, und sie begeben sich täglich im Automobil zur Arbeitsstelle; denn es ist noch immer billiger, eines der kleinen vollstümlichen Automobile zu kaufen als die unerschwinglich hohen Mieten der Wohnungen zu bezahlen. So ist denn um Detroit eine Geltstadt entstanden, die dem Wasserleitungs- und Elektrizitätsnetz von Detroit angeschlossen ist. Die Verhältnisse, die sich hier herausgebildet haben, werfen jedenfalls ein großes Schlaglicht auf die kritische Lage, zu der sich die Wohnungsfrage sogar in den Vereinigten Staaten zuspitzt hat.

Eine neue Verschlechterung des Wetters hat zu Beginn dieser Woche der bescheidenen Wärme, die mit dem Junibeginn endlich durchgedrungen war, schon wieder ein Ende gemacht. Eine Wetterlage, wie sie für den Monat Juni in Mitteleuropa leider typisch ist, gewöhnlich aber erst zu Beginn des zweiten Monatsdrittels zum Durchbruch kommt, hat sich ausgebildet und macht den Eindruck, als ob sie vorüberhand nicht weichen würde. Von Norden her ist niedriger Luftdruck nach den Ostseeländern vorgezogen und hat seinen Einfluß auf ganz Mitteleuropa ausgebreitet, wogegen über dem atlantischen Ozean hoher Luftdruck lagert. Dementsprechend wehen im ganzen Lande kühle Nordwestwinde, unter deren Einfluß die Temperaturen bei regnerischem Wetter vielfach bis unter zehn Grad Wärme gesunken sind. Die Wetterlage gleicht somit ganz der im nächsten Juni 1921.

Die Fleischpreise in Groß-Prag für die Zeit vom 5. bis 11. Juni betragen für ein Rilo mit Zugwage: Inländisches Rindfleisch, Vorderes 1. Qualität bis 16 K, 2. Qualität bis 13,50 K, Hinteres 1. bis 18 K, 2. bis 15 K; Kalbfleisch, Vorderes bis 14, Hinteres bis 17 K; Schöpfernes, Vorderes bis 12,50, Hinteres bis 15,50 K; Schweinernes, Vorderes bis 18,50 K, Hinteres bis 19,50 K.

Ein hartnäckiger Selbstmordkandidat. Der 23-jährige Benzel Bauer, Privatbeamter aus Wrschowitz, versucht schon mehreremals Selbstmord zu begehen. Gestern um halb 10 Uhr vormittags hatte Bauer einen Streit mit seiner von ihm geschiedenen Gattin, in dessen Verlauf er ein Rasiermesser ergriff und sich mit demselben in den Hals zu schneiden begann. Bauers Gattin fiel ihm in die Arme und Bauer, der bereits verwundet war, wurde in das Allgemeine Krankenhaus überführt. Die Verwundung ist leicht und es ist möglich, daß Bauer seine Gattin nur schreien mochte.

Mein Reisegefährte.

Von Ragim Gorkij.

12

Dicker Regen ergoß sich in Strömen und ein Donnereschlag nach dem anderen rollte schrecklich und unaufhörlich über die öde Steppe. Das Gras, von Wind und Regen gepeitscht, lag am Boden und rauschte in schwachen Lauten. Und alles zitterte, bebte. Blitze, die Augen blendend, zerrissen die Wolken. In ihrem blauen Glanze zeigte sich in der Ferne die Gebirgskette, beleuchtet durch das azurine Feuer, in schneeigem Silberglanze, und wenn die Blitze erloschen, dann verschwand sie, als ob sie versunken in einem finstern Abgrund. Alles donnerte, warf schauernd den Schall zurück und gebot ihm aufs neue. — Es war, als wenn der Himmel, trübe und zornig, im Feuer sich reinigen wollte von allem Staub und Schmutz, der zu ihm aufgestiegen war von der Erde, und die Erde, so schien es, lebte vor Angst vor seinem Zorne.

Schadro zitterte und knurrte wie ein Hund, der sich fürchtet. Wir aber war froh zu Mute und, erhoben über das Gefühl des Alltäglichen, beobachtete ich das großartige und düstere Bild dieses Gewitters in der Steppe. Das wunderbare Chaos war hinter sich schon, es stimmte die Seele zu heldenhaften Afforden und weckte in ihr schreckliche und wilde Harmonien. Und in mir stieg der Wunsch auf, meine Teilnahme an dem allen zu äußern, irgendwie auszudrücken das, wovon mein Herz voll war, mein Entzücken angesichts dieser geheimnisvollen

Kraft, die die Finsternis und die Wolken zerschmetterte. Die blaue Flamme, die am Himmel lohte, brannte, so schien es, auch in meiner Brust; und auf welche Weise konnte ich die erhabenen Wallungen meines Innern ausdrücken, meine Begeisterung, angesichts dieses grandiosen Schauspiels der Natur? . . . Ich fing an zu singen — laut, aus voller Kehle. Der Donner brüllte, die Blitze zuckten, das Gras rauschte, aber ich sang und fühlte mich in vollkommener Verwandtschaft mit all diesen Lauten. . . . Ich war von Sinnen; das war verzeihlich denn es schadete niemandem außer mir. Mich erfüllte der Wunsch, möglichst viel zu erfassen und in mich aufzunehmen von der lebendigen und gewaltigen Schönheit und Stärke, die da toste in der Steppe, und ihr möglichst nahe zu sein. . . . Sturm auf dem Meere und Gewitter in der Steppe! — Ich kenne kein großartigeres Schauspiel in der Natur.

Und so schrie ich vor mich hin, fest überzeugt, daß solches Benehmen niemand stören und niemand in die Notwendigkeit versetzen werde, strenge Kritik an meinem Tun zu üben. Aber plötzlich wurde ich mit einem starken Nid an den Beinen gezogen und unwillkürlich sah ich buchstäblich in einer Pflanze. . . . Schadro schaute mir ins Gesicht mit finstern und zornigen Augen.

„Bist du verrückt? Bist du nicht? Was? Nun, so schweig doch! Schrei doch nicht! Ich zerreiße dir die Gurgel! Verstehst du?“

Ich war ganz verwundert und fragte, womit ich ihn denn störe. „Du ängstigt mich! Verstehst du? Der Donner donnert — Gott spricht und du brüllst. . . . Was bildest du dir denn ein?“

Ich erklärte ihm, daß ich singen könnte, wenn ich Lust hätte, ebenso wie er selber.

„Aber ich will nicht!“ jagte er kategorisch.

„Dann sing nicht!“ stimmte ich ihm zu.

„Auch du sollst nicht singen!“ war Schadros strenge Zumutung.

„Nein, das werde ich lieber doch tun. . .“

„Höre! Was denkst du denn?“ begann zornig Schadro. „Was bist du denn für einer? Hast du ein Haus? Hast du eine Mutter? einen Vater? Hast du Verwandte? Hast du Land? Was bist du denn auf der Erde? Du — ein Mensch, denkst du? Ich bin ein Mensch! Ich habe das alles! . . .“

Er warf sich in die Brust. „Ich bin ein Fürst! . . . Und du. . . du — nichts! Gar nichts! Du sprichst — ich bin der und der! . . . Wer sagt das noch? Aber mich kennt seitais, Tiflis! . . . Verstehst du? Du lehne dich nicht gegen mich auf! Dienst du mir? — Du wirst schon zufrieden sein! Ich werde dich zehnmal bezahlen! Du tust so an mir? Du kannst gar nicht anders tun; du selbst hast gesagt, daß Gott will, daß alle dienen ohne Belohnung! Ich werde dich belohnen! Was quälst du mich? belehrt mich? erschreckst mich? Du willst, daß ich sein soll wie du? Das ist nicht gut! Man darf nicht einen andern sich ähnlich machen! . . . Ach, ach, ach! . . . Fu, fu!“

So sprach er schmaugend, schnaubend und seufzend. . . . Ich schaute ihm ins Gesicht, den Mund weit aufsperrend vor Staunen. Augen-scheinlich schüttelte er all den Groll vor mir aus, alle Beleidigungen und all seine Unzufriedenheit, die er im Verlaufe unserer ganzen Reise in sich gegen mich angesammelt hatte. Zur besseren Bekräftigung stieß er mich mit dem Finger vor die Brust und schüttelte mich an den Schultern,

und bei besonders kräftigen Stellen rücte er mir ganz dicht an den Leib. Dabei goh der Regen auf uns herab, über uns rollte ununterbrochen der Donner, und Schadro, um sich mir verständlich zu machen, schrie aus vollem Halse.

Das Tragikomische meiner Lage kam mir deutlicher wie je zuvor zum Bewußtsein, ich mußte lachen, so laut ich konnte.

Schadro spuckte aus und lehnte mir den Rücken zu.

9.

Je näher wir nach Tiflis kamen, um so mehr in sich gekehrt und mürrischer wurde Schadro. Ein neuer Zug zeigte sich auf seinem abgemagerten, aber doch unbeweglichen Gesicht. Nicht weit von Wladilawas kamen wir in einen schrecklichsten Aul¹⁾ und fanden dort Beschäftigung, indem wir Kultur, einerneten halfen.

Zwei Tage arbeiteten wir unter den Tischleressen, die fast kein Wort russisch sprachen und unaufhörlich über uns lachten und in ihrer Sprache auf uns schimpften; dann beschloßen wir den Aul zu verlassen, da wir mit Schrecken bemerkten, wie die feindselige Stimmung der Aulbewohner immer mehr gegen uns zunahm. Wir waren etwa zehn Werst von dem Aul weitermarschiert, als Schadro plötzlich eine Rolle leghischen Tülls aus dem Rufen zog, sie mir triumphierend zeigte und ausrief: „Brauchen nicht weiter zu arbeiten! Verlaufen das — laufen dann alles! Reich bis Tiflis! Verstehst du?“

(Schluß folgt.)

¹⁾ Dorf.

Die Chodauer Mordaffäre.

Erinnerungen und Betrachtungen.

Mit der Verurteilung des Ninko Hermann Ivanov zu einer Kerkerstrafe von fünf Jahren hat der Chodauer Mordprozess ein teilweises Ende gefunden. Das Verbrechen selbst hat bekanntlich seinerzeit ungeheures Aufsehen erregt. Für uns als Sozialdemokraten war die Verhandlung deshalb von besonderem Interesse, weil die Zutageförderung des sehr umfangreichen Anlagematerials den Beweis erbracht hat, daß jene Menschen, die in den kritischen Spaltungstagen des Jahres 1921 als die Führer der kommunistischen Bewegung in West- und Südwestböhmen angesehen werden mußten, entweder Phantasten und Witzböpfe oder Verbrecher waren. Eine Rückschau auf jene Zeit, in welche der Chodauer Mord fällt und eine Betrachtung der Schwurgerichtsverhandlung mag dies beweisen:

Müller, rakte Menzel, von Beruf Fliegeringenieur, kam nach einem zweifellos sehr bewegten und abenteuerlichen Leben in die Tschechoslowakei, wo er mit Trizubsky bekannt wurde. In seiner Aussage, die im Gerichtssaal vorgelesen wurde, gibt er an, daß er die „Pöplische Richtung“ vertrat; diese „Richtung“ kommt in den abenteuerlichen Plänen zum Ausdruck, die in den Julitagen des Jahres 1921 zur Ausführung gelangen sollten: Eindringen in Karlsbader Bunkern, Befreiung der Mannesmannwerke, Beschlagnahme von Kohlenzügen usw. Nach vollbrachter Tat in Chodau reist er über Reichenberg nach Deutschland, beteiligt sich hervorragend an den mittel-deutschen Aufständen, wird schließlich verhaftet und sieht seiner Verurteilung wegen verschiedener Verbrechen entgegen. Die oben bezeichneten Raubpläne deckte er nicht allein auf; es geht aus den Gerichtsakten ganz einwandfrei hervor, daß auch andere Personen — es waren ihrer nicht wenig — davon Kenntnis hatten. Man war sich bloß noch nicht ganz klar darüber, wie und wann die Pläne zur Ausführung gelangen sollten. Aus den Zeugenaussagen wie auch aus dem schriftlichen Prozedurmaterial war zu ersehen, daß Menzel eine im Wollen sehr extensive Natur ist, so daß die Katastrophe von Chodau für seine Gesinnungsgegenossen eigentlich zeitlich zu früh kam, und — was für die weitere Entwicklung von größter Bedeutung war — durch ihre „ungewollte Wendung“ auf alle beteiligten Personen geradezu konszentrierend wirkte. Deshalb mußten dann auch weitere Aktionen unterbleiben. Der verurteilte Mörder Ninko Hermann Ivanov stammt aus einem erblichen Lehrhaus; er studierte — wenn ich nicht irre — in Belgrod, kam dann zum Militär, wurde nach Beendigung des Krieges der Finanzdirektion Esseg als Beamter zugeteilt, mußte neuerdings einrücken, desertierte aus der serbischen Armee, ging nach Wien zu der kommunistischen Zeitung „Aufere Einigkeit“ als Redakteur, von dort nach Italien, wo er als 22jähriger Jüngling die Kämpfe der Arbeiter organisierte, kam dann nach Deutschland und von dort in die Tschechoslowakei. Trotz seiner Jugend — er ist heute erst 25 Jahre alt — war er schon einmal verheiratet, doch hat er sich von seiner Frau getrennt.

Hans Trizubsky, ein romantisch und schwärmerisch veranlagter Mensch, mag ein Idealist gewesen sein, der allen Ernstes glaubte, die Weltrevolution liege vor der Tür; daß ein solcher Mensch durch lange Kerkerhaft verrückt gemacht wurde, ist nicht zu verwundern. In seinem Schicksal liegt sicher ein Stück Tragik, denn er wurde das Opfer einer abstrakt-revolutionären Weltanschauung.

Neben diesen Menschen, die den Typ des Verbrechers, des Abenteurers und des Romantikers verkörpern, gab es aber auch ausgesprochene Gaunernaturen, die 1921 in die kommunistische Bewegung Eingang finden konnten: Spicka, der Orgelespieler, der jetzt wieder in München wohnt und der zur Aufdeckung des Chodauer Verbrechens viel beigetragen hat, ist ein Subjekt niederster Sorte. Bei einer Versammlung, die der Kommunist Kreuz in Staab hielt, tauchte er ganz unvermittelt auf. In einer ganz eigenartig arrogant-frechen Weise fing er in der Versammlung an, über die „Sozialverbrecher“ zu schimpfen. Obwohl ihn kein Mensch kannte, obwohl niemand wußte, woher er kam und wer er sei, brillierte die Versammlungsbefucher frenetisch Beifall. Das Debüt Spickas in Staab war für ihn ein Triumph; er zog dann von einer Versammlung zur anderen und es dauerte nicht lange und Spicka stand im Vordergrund der kommunistischen Bewegung des Bilsner Kreises. Aber er redete nicht nur in Versammlungen, sondern er schrieb auch Berichte für die „Südwestböhmisches Arbeiterzeitung“ und er befaßte die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei auf das Gemeinste. Durch mehrere Wochen wohnte er in Staab und kein Mensch wußte, woher er das Geld für seinen Lebensunterhalt nahm. Anlässlich einer am Marktplace in Staab stattgefundenen Demonstrationsversammlung weitere er fürchterlich gegen die Regierung Cerny, die zum Teufel gejagt werden müsse. Es war für einen aufmerksamen Beobachter ganz klar, daß Spicka eine bezahlte Stellung in der kommunistischen Partei anstrebte. Er huldigte wahrscheinlich dem bekannten Grundsatz, daß Geld nicht stinkt und es war ihm ganz gleich, ob er Geld von den Orgelespielern Bayerns oder von den Kommunisten der Tschechoslowakei erhielt. Er wurde dann auch durch eine kurze Zeit als bezahlter Agita-

tor im Karlsbader Gebiet angestellt. Mit der Zeit muß aber den führenden Leuten der Bewegung doch gedämmert haben, daß mit Spicka nicht alles in Ordnung sei und man versuchte ihn abzufangen. Inzwischen waren zehn Wochen vergangen, denn die oben erwähnte Versammlung, in welcher der Kommunist Kreuz sprach, war am 12. Juni. Als Spicka merkte, daß man ihm nicht mehr traue, beschloß er, sich zu rächen und er erstattete am 3. September in Pilsen die Anzeige, die dann zur Verhaftung Leglers und nach einigen Tagen zu jener des Ivanov führte. Nicht aus sittlich-menschlichen Gründen hat er in Pilsen die Anzeige gemacht, sondern aus Rache und verleiteter Eitelkeit. Daß die ausge-setzte Belohnung von 5.000 Kronen, die als Prämie für die Ergreifung der Täter von der Werksleitung in Chodau ausgesetzt war, auf sein Denken und Handeln entscheidend einwirkte, ist selbstverständlich; meldete er sich doch schon am ersten Verhandlungstag beim Vorsitzenden des Schwurgerichtes und fragte an, wann und wo er die 5.000 Kronen bekommen könne. Das also sind die Menschen, die in dem Prozeß besonders hervortraten. Alle übrigen Mitbeteiligten haben eine geringere Rolle gespielt, obwohl auch sie zum Teile in langer Untersuchungshaft waren. Der Verlauf des Prozesses ergibt außer den bereits bekannten Tatsachen folgendes Gesamtbild:

Menzel schiebt Flanger von hinten nieder, entreißt dem zusammengebrochenen Opfer die Geldtasche, während Ivanov zusieht. Nach der Tat fliehen die Beiden, vertragen die Hofe Menzels — die wahrscheinlich unbefleckt war — und trennen sich sodann. Am nächsten Tag treffen sie sich bei Pante in Nischern und die Geliebte des Ivanov, die Schwester Trizubskys, erzählt von der Tat. Trizubsky erhält 3000 Kronen. Menzel ging über Reichenberg nach Deutschland, wo ihn das schon geschilderte Schicksal ereichte. Ivanov bekommt 500 Kronen und außerdem wird ihm ein Anzug gekauft. Er fährt über Prag, Pilsen nach Staab, wo er mit Legler zusammenkommt. Von Staab wird Ivanov durch Spicka nach Stich zu dem blinden Bauernsohn Gala geführt, wo ihm neuerdings 1000 Kronen ausgefolgt wurden, welches Geld Spicka von Legler erhalten hatte. Gala war vor seiner Erblindung Student und hat sich in der kommunistischen Bewegung sehr betätigt. Er war Idealist. Von Stich instruierte man Ivanov nach Krumman, wo ihm durch die Vermittlung des kommunistischen Redakteurs Reisinger ein von dem Wärgemeisteramt Krumman ausgestellter Heimaltschein eingehändigt wurde, mit welchem er in Begleitung eines kommunistischen Parteigängers über die Grenze ging. Zu dieser Zeit hatte Legler von dem Mord schon Kenntnis und die Verhandlungen gegen ihn werden erweisen, welche Bewandnis es mit dem Briefe hatte, in dem folgende Stelle vorkam: „Ich halte dafür, daß durch diese Tat der Partei viel mehr genützt wurde, als durch ein Duzend schöner Versammlungsreden“. Ivanov blieb einige Wochen in Wien, lehrte jedoch bald zurück nach Nischern, wo er sich unter dem Namen Kovak durch die Franzosen melden ließ. In ihrer Wohnung wurde er dann verhaftet, während schon vorher die Verhaftung des kommunistischen Sekretärs Legler erfolgt war. Im August kamen mehrere der beteiligten Personen nach Staab, wo für den Fall der Aufdeckung der Tat ein gemeinsamer Verteidigungsplan aufgestellt wurde. Trotzdem hat Ivanov gleich nach seiner Verhaftung die Tat im wesentlichen eingestanden. Fast unmöglich gemacht wurden weitere Erhebungen dadurch, daß man von Menzel lange nichts erfahren konnte. Als endlich seine Verhaftung erfolgte, wurde seine Auslieferung an die tschechoslowakischen Gerichte verlangt, welches Ansuchen aber von den reichs-deutschen Behörden abgelehnt wurde. Als dann ein Untersuchungsrichter nach Deutschland fuhr, um an Ort und Stelle Erhebungen pflegen zu lassen, verweigerte Menzel jede Aussage über den Chodauer Mord. Zu all dem kam noch hinzu, daß Ivanov seine Aussagen widerriech, sie als falsch erklärte und sich erbot, einen Alibi Beweis zu erbringen. Dadurch kam die Untersuchung ins Stocken. Erst als Menzel sich bereit erklärte, ein Geständnis abzulegen, kam Licht in die sehr verworrenen Angelegenheit und die Schwurgerichtsverhandlung deckte die letzten noch bestehenden Widersprüche auf. Das umfassende Geständnis Menzels beginnt mit den Worten: „Der unheilvolle Schuß fiel von meiner Hand“. Ivanov gab dann im Zuge der Untersuchung die Tat ebenfalls zu, so daß nun von der Chodauer Mordtat der geheimnisvolle Schleier genommen wurde, der sie durch fast zwei Jahre umgab. Die Tat selbst wie auch alle Tatumstände werfen ein düsteres Bild auf jene Menschen, die sich mit dem Gedanken trugen, das Kapital zu expropriieren und die dann — einen Werkbeamten, einen Proletarier, einen Vater von Kindern niederzuschossen haben. Heute sind wir über die damalige Zeit hinaus und die Geschichte hat ihr Urteil über jene Ideen schon gesprochen, die in den Köpfen der Menzel und Trizubsky eine so überreife Gestalt angenommen hatten. Das Rad der Geschichte ging über jene Menschen hinweg, welche glauben, den Gang der Entwicklung bestimmen und beschleunigen zu können. Das Erschütterndste ist, daß dabei ein Mensch sein Leben lassen mußte. R. J.

Gerichtssaal.

Hochverräterische Hakenkreuzler

Montag begann in München der Prozeß gegen Fuchs, Machhaus und Genossen, der ein grelles Licht auf den „Patriotismus“ der Hakenkreuzler wirft, indem er sie im Bunde mit den Franzosen zeigt! Gerade vor elf Monaten, in der ersten Juli-Woche 1922, sah auf der Anklagebank des Volksgerichtes München ein wappengezierter junger Mann, der des Betrags am Vaterlande beschuldigt war: Leoprechting. Man erinnert sich, daß dieser Prozeß eine Verhängung gegen den Bestand des Deutschen Reiches aufdeckte, die angezettelt und finanziert war vom offiziellen Vertreter Frankreichs beim Freistaat Bayern. Die Ergebnisse des Prozesses, die dem Gesandten Dard eine schwere Mißbilligung brachten, wiesen den Pariser Imperialisten bei der Fortsetzung ihrer Pläne neue Wege. Wohlvertraut mit den Machenschaften bayerischer Partikularisten und Separatisten beauftragten sie den Monsieur Richert, einen schon mehrfach mit politischen Aufgaben betrauten höheren Militär, anstelle Dards die Fäden in Bayern in die Hand zu nehmen. Richert war schon im Winter 1921 der Inspirator jener Kreise, deren politische Auffassung im November 1921 vom Vorsitzenden des Bayr. Ordnungsblocks, Dr. Tafel, folgendermaßen gekennzeichnet wurde:

„Die Berliner Regierung erweist sich als unsäglich, der vielen Räte, in denen das Deutsche Reich sich befindet, Herr zu werden. Der Reichswagen rollt unaufhaltsam dem Abgrund zu und muß früher oder später zerbrechen. Darum ist es klüger und ein Gebot der Selbsterhaltung, das gefährdete Fahrzeug zu verlassen, solange es noch Zeit ist. Bayern muß sich von Berlin unabhängig machen. Bayern ist aber kein selbständiges Wirtschaftsgebiet, es kann sich nicht selbst ernähren, und vor allem reicht seine eigene Kohlenförderung bei weitem nicht aus. Folglich muß es sich an eine Großmacht anschließen, die ihm die Versorgung der fehlenden Existenzmittel gewährleistet. Diese Großmacht kann nur Frankreich sein.“

Durch die Leoprechting-Aufdeckung erlitt die Aktivität aller dieser Bestrebungen einen leichten Rückschlag, aber nach der Ruhrbesetzung wurde Richert Mittelpunkt eines „bayerisch-vaterländischen“ Konventikels und betrieb hier die schnelle Reife der französischen Annexionspläne. Seine Münchener Vertrauten waren: Professor Fuchs, Kapellmeister Machhaus, Kohlenhändler Munk, Kaufmann Berger (diese beiden Deutschböhmen und Wirt), wie wir seinerzeit erzählten, Volljude), Landwirt Gutermann, Regierungsbau-meister Schäfer. Bei einer der ersten geheimen Zusammenkünfte führte Richert u. a. aus:

„Die Ruhrgebietsoperation leitet eine europäische Politik ein. Unter der Vor-machstellung Frankreichs wird ein europäischer Völkerbund geschaffen, der Frankreich, Italien, die Kleine Entente, Bayern und einzelne Teile von Deutsch-österreich umschließt. Bayern kann sich Frankreichs Dankbarkeit erwerben, wenn zur Unterstützung der französischen Ruhroperation jetzt eine Aktion in München geschieht. Zu diesem Zweck ist ein Staatsstreich in Bayern herbeizuführen, vor allem, um die deutsche Abwehrfront an der Ruhr zu verwirren und zu zerbrechen.“

Um die Person Richerts und mehr oder weniger um seine Aufgabe in Bayern wußten aber noch eine Reihe anderer Persönlichkeiten, die zum Teil die Aufdeckung dieser Verhängung veranlaßt haben, so der bekannte Hakenkreuzler Privatdozent Dr. Arnold Ruge, die beiden Rohr-Freunde Sanitätsrat Dr. Bittlinger und Polizeipräsident Pöhner, Freiherr von Soden, beide aus der nächsten Umgebung des früheren Kronprinzen Rupprecht, und schließlich auch der Minister des Innern Schwener und der damalige Polizeipräsident Kory. Eine Verhaftung des Richert, die, wie es heißt, „aus innenpolitischen Gründen“ hinausgeschoben wurde, schaltete an der rechtzeitig gelangenen Flucht des Franzosen.

Der Angeklagte Professor Fuchs erzählt in der Vernehmung, er habe die Reichswehr durch die bayerischen Kampfverbände zu stärken und Bayern gegen die rote Flut des deutschen Nordens schützen wollen. Mit diesem Plan habe er sich an den damaligen Armeekommandanten Bayerns, General v. Mosehl, gewendet. Dieser sei ihm außerordentlich dankbar dafür gewesen, habe aber den Widerstand Frankreichs gegen jede Verstärkung der deutschen Wehrmacht gefährdet. Auf den Einwand Mosehls, daß das Endergebnis würde die Monarchie sein, habe er, Fuchs, versichert, Kronprinz Rupprecht wolle nicht in München mit Maschinengewehren den Thron zurückerobern, weil sich das für eine so alte Monarchie wie Bayern nicht schide. Mosehls Nachfolger, General von Lossow, habe jedoch mit den bayerischen Verbänden Fühlung gesucht. Vom Juni 1922 bis Feber 1923 hat Fuchs für seine Zwecke insgesamt 100 Millionen Mark erhalten haben. Er habe sie angenommen. „Ich dachte, wenn ich für die nationale Sache Geld erhalten kann, weshalb soll ich es nicht auch von einem Franzosen nehmen, das ist, wie wenn ich als Feldherr eine Kriegskassa nehme. Etwa 85 Millionen des 100 Millionen betragenden Gesamtbetrages hat Machhaus für Organisationszwecke erhalten.“ Der Angeklagte will die Gelder nicht für sich selbst, sondern nur für nationale Organisationen benötigt haben. Sein Einkommen habe er von Leuten bezogen, die er nicht nennen wolle, und zwar für seine Tätigkeit im nationalen Interesse. Zwecks „nationaler Spenden“ wollte die Polizei zwischen ihm und dem Fürsten von Thurn und Taxis vermitteln. Näheres über die Polizei als Verbindlich-

zwischen den nationalen Verbänden und deren Geldgebern teilte Fuchs nicht mit.

München, 5. Juni. (Wolff.) Der bisherige Verlauf des Prozesses gegen Fuchs und Genossen ergab ungefähr folgendes Bild: Die Verhandlungen mit dem französischen Obersten Richert führte in der Hauptsache Machhaus. Dieser sehr hohen Geldmitteln sicherte Richert den Verhängern auch Ausrüstungsgegenstände und Waffen zu. Richert gestand unumwunden die französischen Absichten auf das linke Rheinufer zu, gab aber keine bindenden Zusagen bezüglich der Pfalz, wohl aber sicherte er Bayern für den Fall, daß die Verhängung zustande käme, die Mainlinie zu. Richert sprach die Erwartung aus, daß der Rücktritt des Rabinets Cuno eine Folge dieses Fusses sein müßte, worauf eine extrem linksradikale, den Absichten Frankreichs willfährige Reichsregierung aus Ruder kommen würde. Die militärischen Maßnahmen von Fuchs und Machhaus erstreckten sich auf die Bildung einer für den Umsturz erforderlichen bewaffneten Macht, welche sie in dem Bunde „Freiobersland“, jetzt „Blücherbund“, gefunden zu haben glaubten. Ihre innenpolitischen Maßnahmen zielten auf die Schaffung eines Regentenschaftsrates mit diktatorischer Macht sowie auf die Verhängung der Regierung und der Parlamentarier ab. Diese Pläne entwarf Fuchs, der politische Kopf der Verhängung. Als Zeitpunkt der Aktion war die Zeit zwischen dem 13. und 20. Feber festgelegt. In wirtschaftlicher Beziehung war Machhaus mit ungarischen und der verstorbenen Reichsrat Kugler mit italienischen Beamten ins Einvernehmen getreten. Bei dem Verhör behauptete Fuchs, lediglich eine Abwehr gegen den Volkswutismus beabsichtigt zu haben. Richert hätte man in Bayern viel zu verdanken. Er hätte in der Frage der Entwaffnung stets zugunsten Bayerns gesprochen und viel erreicht.

Kleine Chronik.

Ein Zugzusammenstoß in St. Gotthard. Der Grazer „Arbeiterwille“ meldet: Der Schnellzug Nr. 1301, der um 11 Uhr 5 Minuten vom Hauptbahnhof Graz gegen Febring abgeht, ist heute in St. Gotthard auf das sechste Geleise eingefahren. Es erfolgte ein furchtbarer Zusammenstoß. Sechs Waggons und die Lokomotive wurden zertrümmert. Der Postkondukteur wurde schwer, einige Passagiere leicht verletzt. Die Ursache des Zusammenstoßes soll falsche Weichenstellung sein.

Das Denkmal für einen Tag. Ein merkwürdiger Streit ist um das Denkmal entbrannt, das die Stadt Straßburg, an dessen Unbekanntheit Pasteur von 1849 bis 1854 als Professor der Chemie wirkte, zum Gedächtnis des großen Gelehrten errichtet hat, dem aber nur ein Eintagsleben beschieden ist. Das Denkmal ist nach einem Entwurf ausgeführt, der von dem Denkmalkomitee einstimmig angenommen worden war, und es sollte aus Anlaß der Straßburger Gedächtnisfeier für Pasteur unter besonderen Feierlichkeiten von dem Präsidenten der Republik enthüllt werden. Als es aber aufgestellt war und von den Mitgliedern des Stadtrates besichtigt wurde, lehnten diese die Statue mit der Begründung ab, sie könnten nicht dulden, daß ein so schändliches Monument das Stadtbild verunziere. An dem Programm war indessen nichts mehr zu ändern, und das Denkmal ist dem auch programmäßig am letzten Donnerstag in Anwesenheit von 250 Delegierten, geleiteter Gesellschaften aus aller Herren Länder vom Präsidenten Millerand enthüllt worden. Tags darauf schon haben im Auftrag der Stadtverwaltung Arbeiter damit begonnen, es wieder abzumontieren. Wohin man den guten Pasteur bringen wird, steht noch dahin, jedenfalls will Straßburg sich seine wunderschöne Stadt nicht durch das häßliche Kunstwerk verhängeln lassen.

Der Ursprung des Chinins. Die Karte des 15. und 16. Jahrhunderts rühmten Christoph Columbus nach, daß er durch seine Entdeckung Amerikas den Arzneischatz der Alten Welt um Mittel bereichert habe, für die ihm die Medizin nicht dankbar genug sein könne. Zu diesen Mitteln gehört in erster Reihe die Chinarinde, die nichts mit dem Reich der Mitte zu tun hat, sondern ihren Namen der Inka-Sprache verdankt, in der das Wort Quina Baumrinde bedeutet. Die früheste Kenntnis von dem Baum blieb auf die Gegend von Loja beschränkt, wo im Jahre 1630 der spanische Corregidor durch Chinarinde vom Wechselfieber geheilt worden sein soll. Als dann später die Gattin des Bischofs von Peru, die Gräfin von Chinon, am Fieber erkrankte, sandte der Corregidor Chinarinde an den Arzt Juan de Vega in Lima, dem es auch gelang, die Gräfin damit zu heilen. Aus diesem Grunde wurde der Baum später Chinonbaun und das aus der Rinde bereitete Pulver „Gräfinpulver“ genannt. Durch Vega war die heilkräftige Rinde auch nach Spanien gekommen, wo sie aber bald in den Gärten des Salsankrauts kam, weil man sich das rasche Sinken des Fiebers nach Einnahme der Rinde bei dem damaligen Stand der ärztlichen Wissenschaft nicht anders erklären konnte, als daß der Teufel dabei seine Hand im Spiel habe. Bei dem großen Einfluß der Geistlichkeit wäre dieses Teufelskraut auch in Aht und Bann erklärt worden, wenn sich nicht ein Laubmann des Columbus, der Genueser Arzt Sebastiano Bado, der Sache angenommen und es durch sein energisches Eintreten erreicht hätte, daß die Rinde, die von der Geistlichkeit als gefährliches Gift und Teufelswerk erklärt worden war, in den Arzneischatz Aufnahme fand. Aber leicht wurde es Bado nicht, der Verunft zum Siege zu verhelfen. Er mußte schließlich vor dem Kardinal Grimaldi und anderen einwandfreien Zeugen auf das Evangelium schwören, daß die Chinarinde durchaus kein teuflisches Werk, sondern von Gott zum Heile der Menschheit gesandt worden sei, ehe das Vorurteil schwand und die Chinarinde endlich zu Ehren kam.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Verbandstag der Arbeiter in der Lebens- und Genussmittelindustrie.

Zamstag begannen in Bodenbach die Verhandlungen des zweiten ordentlichen Verbandstages der Lebens- und Genussmittelarbeiter. Verbandssekretär Gen. Klinger gab in seiner Begrüßungsansprache einen Überblick über die dem Verbandstag bevorstehenden Arbeiten. Darauf begrüßten Gen. Schieferstein für die Schweizer Kollegen, Gen. Diermeier (Hamburg), Gen. Krieger (Berlin), Gen. Heißig (Wien), Gen. Macoun für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei, Gen. Schiller für die Gewerkschaftskommission Bodenbach und Gen. Wondrejz für die politischen Organisationen von Bodenbach die Tagung.

Die Verhandlungen des zweiten Verbandstages leitete Klinger mit dem ausführlichen Bericht des Verbandsvorstandes, des Sekretariats und der Redaktion ein. Er erinnert an die Ursachen, die zur Gründung des Verbandes führten. Nach dem Umsturz schlossen sich die Arbeiter unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse massenhaft den Organisationen an. Die Arbeiter und Aktionen überführten sich förmlich und manches mußte unterlassen werden, was zu nun notwendig gewesen wäre. Waren doch nach dem Kriege nur Trümmer unserer ehemaligen großen gewerkschaftlichen Organisationen vorhanden, von unserem früheren Zentralverbande blieb überhaupt nicht viel übrig. Es geht die Spitzer zu sammeln und die Rekonstruktion in der Tschechoslowakischen Republik unter erschwerten Verhältnissen mühsam vorzubereiten. Damals wurde auch die Frage erwogen, ob nicht eine Verbindung mit den Tschechen herzustellen und ein einheitlicher Verband zu schaffen sei. Bei aller Anerkennung des Grundgedankes des gewerkschaftlichen Zentralismus sprachen wichtige Gründe gegen die Verschmelzung. Schon zur Zeit der Entscheidung mußte der Verband in Anbetracht der ständig wachsenden Teuerung wiederholt Lohnkämpfe führen. Klinger schildert dann die Aktionen zur Eringung höherer Löhne, besserer Arbeitsbedingungen, Urlaube usw. Mit Rücksicht auf die Vielgestaltigkeit der Betriebe vollzog sich der Aufstieg des Verbandes nur sehr langsam. Dazu kam der Umstand, daß die im Pädagogischen Beschäftigten insolge der gebundenen Wirtschaft ganz besonders bedrückt waren. Erst mit der Freigabe des Weizgebäcks trat eine Besserung ein. Gleichzeitig aber begann der Kampf um das Nachtbrotverbot. Auch er beanspruchte unsere ganze Kraft und wird besonders in der nächsten Zeit mit aller Energie geführt werden. Auch der politische Meinungsstreit blieb dem Verbands nicht erspart. In zwei Ortsgruppen gewannen die Kommunisten die Oberhand und es ist bezeichnend, daß diese heute nicht mehr existieren. Unter großer Heiterkeit leitete Redner mit, daß die Mühlenbesitzer kürzlich an den Verband herantreten sind und eine gemeinsame Rundgebung zwecks „Gefundung“ der Verhältnisse in der Mühlenindustrie gegen die Einfuhr von ausländischem Mehl und Getreide wünschten. Der Verband hat ihnen die entsprechende Antwort erteilt. Er gibt hierauf eine Darstellung über die in den Jahren 1920, 1921 und 1922 geführten Lohnbewegungen und Streiks. Er teilt ferner mit, daß mit den Gast- und Schaufelgewerbeangestellten Verhandlungen zwecks Fusionierung mit dem Verbands eingeleitet worden sind.

Den Kassenbericht erstattete Gen. Fohl, Bodenbach. Die Einnahmen betragen 1920 274.546 Kronen, 1921 561.082 Kronen, 1922 440.833 Kronen, insgesamt 1.276.463 Kronen. Die Ausgaben 1920 179.832 Kronen, 1921 378.205 Kronen, 1922 364.630 Kronen, insgesamt somit 922.668 Kronen.

Für die Kontrolle berichtet Gen. Busch. In der Debatte sprachen die Genossen Minars, Buchets, Schuster und Teplý, worauf Klinger das Schlusswort hält. Zusammenfassende Berichte wurden zur Kenntnis genommen und dem Vorstand die Entlastung erteilt.

In der Nachmittagsitzung sprach Gen. Macoun über „Gewerkschaftliche Zeitsfragen“. Solche drängt uns die Gegenwart auf in großer Zahl. Wenn in den Gewerkschaften der Vorkriegszeit sozialisiert war, so sind die Gewerkschaften in der Nachkriegszeit zu Massenorganisationen geworden. Massenorganisationen haben naturgemäß andere Aufgaben, und besonders die gegenwärtige Zeit der schweren Wirtschaftskrise stellt uns vor äußerst komplizierte Probleme. Macoun gibt eine ausführliche Darstellung der Arbeitsverhältnisse, des Standes der Gewerkschaften, er bespricht den Kampf um den Achtstundentag und alle die Dinge, die heute im Vordergrund des Interesses der Arbeiterschaft stehen. Er berührt schließlich auch unser Verhältnis zu den tschechischen Gewerkschaften und schildert in eindringlicher Rede die Ziele der wirtschaftlichen und politischen Reaktion.

Darauf wurden die Verhandlungen auf Montag vertagt.

Die deutschgelben Sekretäre sind für die 60-stündige Arbeitswoche. Am 1. März 1923 kündigte der Arbeitgeberverband für die Vereinigten Fabriken in Austerlitz a. Elbe den Lohnvertrag und beanspruchte die Herabsetzung der bestehenden Löhne. Bei den Verhandlungen war auch der deutschnationalen Sekretär Dr. Ergert für die deutsche Gewerkschaft anwesend, welcher durch sein Auftreten der Arbeiterschaft einen ungeheuren Schaden zufügte. Die Firma verlangte die Ver-

längerung der Arbeitszeit über 48 Stunden pro Woche, worauf dieser keine Sekretär die Erklärung abgab, daß die deutschnationalen Arbeiterorganisation nicht auf der 48stündigen Arbeitswoche besteht, sondern daß sie bereit wäre, ohne Ueberzeitbezahlung eine 60 stündige Arbeitszeit pro Woche oder zehn Stunden pro Tag zuzulassen. Die Vertreter der Union der Textilarbeiter weigerten sich selbstverständlich, ein Zugeständnis über die 48stündige Arbeitszeit zu machen. Nach längeren Verhandlungen kam es dennoch dahin, daß eine Vereinbarung abgeschlossen wurde, in welcher für alle männlichen Arbeiter die 54stündige Arbeitswoche ohne Ueberzeitbezahlung zugelassen wurde. Die Union der Textilarbeiter hat diese Vereinbarung nicht anerkannt. Heute — nachdem im Betriebe die 54stündige Arbeitswoche eingeführt ist — weigert sich der Arbeitgeberverband, mit der Union zu verhandeln und erklärt, daß über die Frage der Arbeitszeit nicht verhandelt werden wird, solange die deutschnationalen Gewerkschaften den mit dem Unternehmen abgeschlossenen Vertrag nicht gekündigt hat und Verhandlungen verlangt. Wie sehr dieser sogenannte Arbeiterssekretär Dr. Ergert die Arbeiterschaft geschädigt hat, zeigt der Umstand, daß nunmehr auch in anderen Betrieben die gleiche Forderung von den Ausbeutern aufgestellt wird. Das Zentralgewerbeinspektorat in Prag, sowie das Gewerbeinspektorat in Teplitz seien auf diese Vorkommnisse aufmerksam gemacht und hier die Erwartung ausgesprochen, daß es ihnen gelingen werde, in diesem Betriebe die gesetzliche 48stündige Arbeitswoche wieder herzustellen. Zum Zwecke der Durchbrechung der 48stündigen Arbeitswoche gründen die Deutschnationalen Gewerkschaften! Man muß sich nur wundern, daß es noch immer Arbeiter gibt, die derartigen lumpigen Sumpfsängern auf den Leim gehen.

Die Kündigungsschutzverordnung der Angestellten. Die Verordnung betreffend die Verlängerung der Kündigungsfrist der Angestellten wurde von der Regierung vorläufig außer Kraft gesetzt. Die von vielen Seiten geäußerte Befürchtung, daß nunmehr allgemein die vierwöchentliche Kündigungsfrist Geltung hat, trifft jedoch nicht zu, es bleiben vielmehr für alle Angestellten die mindestens sechs Wochen vor Quartalschluß endenden Kündigungsfristen aufrecht, soweit es sich um bestehende Dienstverhältnisse handelt. Alle notwendigen Auskünfte erteilt bereitwilligst der Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Teplitz-Schönau, Seilerstraße 1, oder die Ortsgruppe Prag II., Jägerovo nam. 4.

Die verachtete Tscheoverze. (Tschechische Handelsgesellschaft der Erzeuger Gablonzer Waren.) Die „Nar. Listy“ befassen sich mit dem von uns bereits gemeldeten Zusammenbrüche der Tscheoverze in Gablonz a. N., die bekanntlich eine Gründung der ebenfalls verachteten „Bohemia“-Bank ist. Das Blatt schreibt u. a.: Die Gesellschaft verachtete deswegen, weil die leitenden Fachleute (führéndo, nášince) ihre eigenen Unternehmungen auf Kosten der Interessen der Gesellschaft bevorzugten. Die Verwaltungsratsmitglieder, vom Präsidenten angefangen, lieferten der Gesellschaft Ware, an welcher sie enorm verdienten. Die Handelsverbindungen mit dem Auslande waren sehr zweifelhaft. Die Forderungen wurden nicht zeitgerecht eingetrieben usw. Die Verluste betragen nunmehr laut der zur Vorlage kommenden Bilanz 6.898.041 K. Es wird der Generalversammlung ein Sanierungsplan vorgelegt werden. (Dazu sei bemerkt, daß das Aktienkapital dieser Nachkriegsgründung 5 Millionen Kronen betrug.)

Internationale Metallarbeiterkonferenz. Die internationale Konferenz der Metallarbeiterföderation, welche sieben Millionen Arbeiter aus 18 Nationalitäten vertritt, ist heute in London zusammengetreten. Der Präsident der Vereinigten Maschinenarbeiterunion, Brownlie, begrüßte die Delegierten. Die Konferenz nahm eine Entschließung an, in welcher der Anschließ sämtlicher Metallarbeiterverbände zur internationalen Föderation zwecks wechselseitigem Schutze gegen kapitalistische Schädigung dringend angestrebt wird.

Aus der englischen Gewerkschaftsbewegung. Die Konferenz der Kohlenarbeiter Englands hat mit 622.000 gegen 122.000 Stimmen beschlossen, bis zum Kongreß der Gewerkschaft, der im Juli stattfindet, keine Änderung der Löhne zu verlangen. Durch diesen Beschluß ist der drohende Zustand in der englischen Kohlenindustrie für den Augenblick abgemindert worden. — In der Futteindustrie von Dundee ist die Aussperrung der Arbeiter beschlossen worden. Dadurch sind 30.000 Arbeiter brotlos geworden.

Devilskurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Prag	100.000	16.00.00
Berlin	100.000	1930.00
Wien	100.000	2120.00

Prager Kurse am 5. Juni.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1822.00	1326.00
10.000 Mark	5.40.00	6.40.00
100 belg. Franken	188.00.00	189.50.00
100 schweiz. Franc	610.75	618.25
1 Pfund Sterling	154.25.00	155.75.00
100 Lire	156.87.50	158.87.50
1 Dollar	38.80.00	34.20.00
100 franz. Franken	218.25	219.75
100 Dinar	41.12.50	41.62.50
10.000 magyar. Kronen	61.50.00	65.50.00
10.000 poln. Wlact	6.75.00	6.75.00
10.000 österr. Kronen	4.59.00	5.09.00

Züricher Schlusskurse am 5. Juni.

	Geld	Ware
Paris	35.50.00	35.00.00
London	25.83.00	25.64.00
Berlin	0.00.85.00	0.00.89.00
Holland	25.50.00	25.57.50
Dolland	217.00	217.35
Wien	0.00.78.00	0.00.78.37
Budapest	0.10.00	0.10.50
Prag	16.59.00	16.61.00
New York	5.53.50	5.54.50
Belgrad	6.90.00	7.05.00
Warschau	0.00.92.50	0.01.02.50

Aus der Partei.

Frauenbewegung.

Die Frauenkonferenz Auffs fand Sonntag, den 3. Juni im Galerisaale der neuen Volkshalle in Auffs statt. Die Konferenz, an der 70 Personen teilnahmen, stand im Zeichen erhöhter Arbeitsfreudigkeit. Den Bericht erstattete Genossin Kirpal; sie stellte fest, daß insbesondere die Bildungsarbeit im vergangenen Jahre reiche Pflege fand. Die starke Beteiligung der Frauen an der Raiffeiser ließ erkennen, daß die Gleichgültigkeit, die eine Zeitlang in den Reihen der Frauen plagte, überwunden ist. Es geht wieder vorwärts. Genossin Berthen referierte dann über den Hamburger Kongreß, Genosse Pözl über „Die Frauen und die Gemeindegewalt“, Genossin Kirpal über „Unsere nächsten Aufgaben“. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird den Genossinnen insbesondere die Werbearbeit für die sozialistische Presse und die planmäßige Verbreitung sozialistischer Literatur zur Pflicht gemacht. In besonderen Richtlinien, die als verbindend für alle Organisationen erklärt werden, wird ein Programm für Bildungs- und Diskussionsvorträge, Funktionärskurse und regelmäßige Frauenversammlungen aufgestellt. Nach einer regen Debatte und der Erledigung der Neuwahlen wurde die Konferenz geschlossen.

Vorträge.

Die neue Schulreform. (Vortrag des Genossen Dr. Kleinberg in der „Freien Vereinigung sozialistischer Hochschüler“). In einer streng logisch aufgebauten kritischen Untersuchung charakterisierte Professor Dr. Kleinberg den Reformentwurf für Bürger- und Mittelschulen und wies die Vor- und Nachteile auf, welche das geplante Rahmengesetz enthält. Auf dieser Kritik, deren Maßstab die große und gelungene Reform des österreichischen Genossen Otto Glöckel abgab, baute dann der Vortragende alle jene Forderungen auf, welche ein wahrhaftes Reformgesetz erfüllen muß. Dr. Kleinberg begründete zunächst die Notwendigkeit einer Reform gegenüber dem alten Gesinnungs- und Kenntnisdrill. Als Leitfaden jeder Reformschöpfung muß gelten, daß die Allgemeinheit daran teilnehmen, daß ein marktschreierisches Ziel die Organisationsform aus sich herauskristallisieren und daß schließlich alle parteipolitischen Momente in engerem Sinne des Wortes zurückgedrängt werden sollen. Er stützte das erste Prinzip durch den Hinweis auf die in Oesterreich eingeführten Lehrer- und Elternkammern. Als ideales Ziel schwebt dem Vortragenden die Errichtung einer Disziplinierungsermächtigenden, Einheitschule vor, wie sie Glöckel großzügig zu verwirklichen sucht, und beherrscht muß sie sein vom Geist und den Methoden der Arbeitsschule. So wird die Individualität des Kindes und das Recht der Gesellschaft am besten gewahrt, sie achtet auf die Begabtenfürsorge und auf den Schutz der Minderbegabten: Dem Fähigen und nicht dem Bestehenden soll der gründlichere, in einem sogenannten „ersten Massenzug“ erteilte Unterricht zuteil werden. Der Entwurf des Prager Schulministeriums scheint auf den alten Gesinnungsunterricht nicht ganz verzichten zu wollen und nimmt allzusehr auf die Uebermittlung von „Kenntnissen“ Rücksicht. Aber Kenntnis- und Arbeitsschule lassen sich nicht zusammenkoppeln. Gegenüber dem Entwurf Glöckels tritt in den mittleren Klassen (sechstes bis achtes Schuljahr) der Klassencharakter der künftigen Schule zu stark hervor, insofern nicht einzig und allein die Befähigung, sondern auch die Anmeldung der Eltern über die Verteilung der Schüler auf Pflichtbürgerchule und vornehmere Untermittelschule entscheidet. Auf einen gewissen Einfluß des Bürokratischen weist neben der Betonung unwesentlicher Einzelheiten die verstärkte Beibehaltung des Prüfungssystems. In den oberen Klas-

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Billiger

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der

Volkshandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

Billiger

Befestoff

David, Märtsche Dorfgeschichten.
Erit, Geschichten.
Erit, Geld u. Erfahrung.
Finch, Rapunzel.
Jahn, Der Schatten.
Jürgensen, Kongressgeschicht.
Neuter, Schelmstück.
wahrhaftige, lustige u. sehr gefährliche Reisebeschreibungen zu Wasser u. zu Lande.
Schmittbener, Treuherrliche Geschichten.
Jeder Band gebunden 5 Kronen.
Bücherverzeichnis kostenlos.
Buchhandlung Freiheit Teplitz-Schönau, Theresiengasse 18.

sen häufen sich die Gegenstände derart, daß im Gegensatz zum Glöckelschen Entwurf, der Schüler kaum Zeit und Möglichkeit gewinnen wird, sein Verhältnis zur Gesellschaft zu erkennen und sich vorzubereiten, seine Kräfte innerhalb dieser Gesellschaft produktiv zu betätigen. Die gesunde Idee der fünften, auf wissenschaftliche Arbeit vorbereitenden Klasse wird sich der Kenntnisjagd der früheren Klassen gegenüber kaum genug stark auswirken können. Nachdem der Vortragende noch alle Details des Vorschlages gründlich untersucht hatte, kam er zu folgenden Schlussfolgerungen: Das deutlich geschaute Ziel muß in inniger Verbindung mit der Allgemeinheit organisatorisch herausgearbeitet werden. Alle der Reform hinderlichen Gesetze, wie z. B. das kleine Schulgesetz mit seinen unpädagogisch großen Klassenzahlen, sind zu beseitigen. Der Verband sozialer und nationaler Ungerechtigkeiten muß durch Zusammenarbeit aller berufenen Faktoren vermieden werden. Lehrer- und Elternkammern, Musteranstalten für die vorläufig veruchsweise Durchführung der Reform, modern ausgebildete Lehrer, wie sie der Entwurf erwarten läßt und die materiell sicher gestellt werden müssen, wenn sie freudig mitarbeiten sollen, sind erforderlich, damit die Reform aktive Menschen erziehe. Die Diskussion, welche dem Vortrag folgte, ergab außer den genannten keine neuen Gesichtspunkte. o. k.

Literatur.

Oesterreichisches Proletarier-Liederbuch. Verlag der Wiener Volkshandlung. In der letzten Zeit ist oft darauf hingewiesen worden, daß die großen Kundgebungen der Arbeiterschaft weit eindrucksvoller wären, wenn es gelänge, den Arbeiterfang wieder zur Blüte zu bringen. Den eifrigen Bemühungen der Arbeiter-Gesangsvereine wird nun in einer Richtung ein wertvoller Helfer erziehen. Das altbewährte österreichische Proletarier-Liederbuch, das vergriffen war, ist in siebenter Auflage neu erschienen. Von der Beliebtheit des Büchleins legt Zeugnis ab, daß bereits das 116. bis 125. Tausend erscheint. Das Büchlein enthält eine große Zahl von Kampf- und Freiheitsliedern und auch von Liedern für Arbeiterinnen. Es ist dringend zu wünschen, daß es, so wie seine Vorgänger, starke Verbreitung findet. In tschechischer Währung kostet es ungefähr 3 Kk, ist also bei guter Ausstattung und einem Umfang von 60 Seiten sehr preiswert. Würde ein halbes Duzend der meist gelungenen Lieder mit Melodien ausgestattet werden (im ganzen zählt das Büchlein an 60 Lieder), so wäre das gewiß zu begrüßen.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Mittwoch Gastspiel Reich-Kramer „Kongert“; morgen Donnerstag „Der blonde Engel“; Freitag „Der fliegende Holländer“; Samstag Uraufführung „Die gestohlene Stadt“; Sonntag halb 3 Uhr nachmittags die Operette „Die Bajadere“, abends Mozart-Opus II „Die Zauberflöte“.

Kleine Bühne. Heute Mittwoch keine Vorstellung. Morgen Donnerstag Gastspiel Reich „Die Juden“. Freitag Abschied Reich „Vater“. Samstag und Sonntag „Der blonde Engel“.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 25, Kl. Bazar.
1332

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: C. Salk.

Jodbad Darkau

Station der Kaschau-Oderberger Eisenbahn.
Stärkstes Jodsol-Brombad
gründl. den hyg. Anforderungen entsprechend, renoviert, einziges Bad, wo in reiner Jodsole gebadet wird, höchst erfolgreich bei Skrophulose, Syphilis in allen Stadien (auch veraltete Formen), Tuberkulose der Knochen, Gelenke, Frauenleiden, chronische Hautleiden, Arterienverkalkung usw., besonders günstig für Kinder.
Kinder-Pensionat für Kinder ohne Begleitung.
Kurstaxation in Eigenregie. 1930
Saison vom 1. Mai bis 30. September.
Prospekte u. Auskünfte d. d. Badeverwaltung.

192

Verbesserungen

haben die neuesten

National Registrierkassen

gegen Vorkriegskassen.
Schützen Sie daher Ihr gutes Geld durch die besten, neuesten und vollkommensten

National Registrierkassen

welche in Ausstattung, Leistungen und Preis unerreicht sind. —
Kostenlose Besichtigung.
Offerte ohne jede Verbindlichkeit bei

National Registrierkassen Ges.m.b.H.

PRAG, Narodni třida 21.
Telephon 326. Telephon 200